

IP

INTERNATIONALE POLITIK

Mai/Juni 2014 Sonderbeilage

Europa

Traum und Wirklichkeit

Eine Publikation der Alfred Herrhausen Gesellschaft



Europa – Traum und Wirklichkeit

Eine Publikation der Alfred Herrhausen Gesellschaft
in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift IP

Inhaltsverzeichnis

Was steht auf dem Spiel?

Europa – Traum und Wirklichkeit	8
<i>von Thomas Matussek und Claudia K. Huber</i>	
Freiheit in der Vielfalt <i>von Frank-Walter Steinmeier</i>	14

Was hält Europa zusammen – was treibt es auseinander?

Bescheidenheit, Scharfsinn, Ambition <i>von Dominique Moïsi</i>	22
Die Wiederkehr der Außenwelt <i>von Janusz Reiter</i>	27
Sterben für Europa <i>von Mykola Riabchuk</i>	32

Europa in den Augen der anderen

Findet die EU neuen Schwung? <i>von Charles A. Kupchan</i>	42
Das fehlende Gleichgewicht <i>von Fjodor Lukjanow</i>	47
Enttäuschte Hoffnungen <i>von Senem Aydın-Düzgit</i>	54
Europas Gaben, Europas Bürden <i>von Meera Shankar</i>	58

Bleibt Europa wettbewerbsfähig?

Die Zeitenwende fortschreiben <i>von Henrik Enderlein</i>	68
Wo liegt das Zentrum der Welt? <i>von Roland Berger</i>	72
Über die Autoren	78



Was steht auf dem Spiel?

*Auch wenn wir es nicht für möglich halten,
Europa bleibt für viele ein Traum.*

FRANK-WALTER STEINMEIER

Europa – Traum und Wirklichkeit

VON THOMAS MATUSSEK UND CLAUDIA K. HUBER¹

EUROPA STEHT AM Scheideweg. Aus einer Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine Sinnkrise geworden, die gewaltige Fliehkräfte freisetzt. Der Erfolg EU-kritischer Parteien auf dem gesamten Kontinent, Großbritanniens Abspaltungsbestrebungen sowie die Angst der Schweizer vor „Masseneinwanderung“ machen deutlich: Die Grenzen der innereuropäischen Solidarität scheinen erreicht, der Nationalismus ist wieder auf dem Vormarsch. Die Europäische Union macht in der größten ökonomischen Krise ihrer Geschichte die Erfahrung, dass Solidaritätsbekundungen und echte Zahlungsverpflichtungen etwas sehr Unterschiedliches sind. Mark Twains Erkenntnis, „[t]he weakest of all weak things is a virtue that has not been tested“, droht sich zu bewahrheiten.

Im Windschatten der Kritik am aktuellen Krisenmanagement bekommt auch die Generalkritik an der institutionellen Konstruktion der EU wieder Oberwasser. Mit der schmerzhaft erzwungenen Auseinandersetzung der Bürger mit der EU findet die Tradition der geräuschlosen Integration ein lautstarkes Ende. Über Jahrzehnte verlief die Delegation nationaler Kompetenzen auf die supranationale Ebene, ausgehend von einem permissiven Konsens (Leon N. Lind-

¹ Thomas Matussek ist Geschäftsführer der Alfred Herrhausen Gesellschaft (AHG), Claudia K. Huber ist Senior Researcher und Project Developer bei der AHG.

berg und Stuart A. Scheingold), weitgehend unbemerkt. Die Methode Monnet oder das Faktenschaffen von Kommission und Europäischem Gerichtshof stehen für diesen Politikstil. Wirklich kontroverse Diskussionen blieben im Laufe des größten politischen Experiments der Gegenwart sowohl bei den politischen Eliten als auch bei den Bürgern Europas weitgehend aus. Erst Referenden zu EU-Verträgen führten zu einer demokratischen Einbindung der Bürger und sogleich auch zu Denkkzetteln für die integrationsfreudigen Eliten. Doch nun, wo nicht nur der wirtschaftliche Erfolg auszubleiben scheint, sondern die Bürger ihr Vermögen bedroht sehen, wird auch die Klage über das Demokratiedefizit der Brüsseler Institutionen lauter. Intransparenz und die fehlende politische Öffentlichkeit werden gleichsam reflexhaft unterstellt, die immer gleiche Kritik an „Brüssel“ wird abgespult, mehr und mehr bestimmt Larmoyanz den europäischen Diskurs. Es scheint, als habe Europa während der Krise über die Jahre das Selbstbewusstsein verloren. Der demografische Wandel auf dem Kontinent tut sein Übriges, um den Blick in die Zukunft düster ausfallen zu lassen.

Diese Entwicklung mag ihren Ausgang in einer Wirtschafts- und Finanzkrise haben, die wahre Ursache aber liegt tiefer. Bis heute hat die lange Zeit für genormte Gurken und angeblich ellenlange Vorschriften für die Einfuhr von Karamellbonbons verspottete EU keinen Modus gefunden, ihren Bürgern die Erfolge des gemeinsamen Projekts kraftvoll und überzeugend zu vermitteln. Frieden und Wohlstand auf einem zuvor über Jahrhunderte von Kriegen verwüsteten Kontinent sind zur Selbstverständlichkeit geworden. Es ist ein wenig wie mit der Müllabfuhr: Arbeitet sie reibungslos, wird sie kaum bemerkt. Funktioniert sie einmal nicht, wird es höchst unerfreulich. Geradezu hilflos erscheint die aus Brüssel verordnete Suche nach einem „neuen Narrativ“ für Europa, die Jahr für Jahr fortgesetzt wird. Demgegenüber stehen EU-Kritiker, die nichts beweisen müssen und daher umso mehr versprechen können. Sie sehen in der Instabilität des Moments die historische Möglichkeit, die Pfadabhängigkeit zu einem immer engeren Europa zu durchbrechen und die Integration zurückzudrehen.

Doch diesen krisenhaften Entwicklungen steht mit dem europäischen Traum eine starke Utopie gegenüber. Dieser Traum von Europa wird häufig aus gemeinsamen Werten heraus definiert. Werten, die sich über Jahrhunderte herauskristallisiert haben, die zum Teil Lehren aus den historischen Irrwegen und blutigen Konflikten des Kontinents sind und die heute als selbstverständlich gelten: Der Schutz der menschlichen Würde, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Teilhabe der Bürger, soziale und ökologische Nachhaltigkeit gehören genauso dazu wie die Freiheit von Presse und Kunst sowie kulturelle Vielfalt. Um den Traum von Europa klarer zu erkennen, bietet sich ein Perspektivwechsel an: Martin Schulz vergleicht die EU mit dem Scheinriesen Tur Tur aus der Geschichte „Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer“: „Er wird nicht optisch kleiner, je weiter er sich entfernt, sondern immer größer, bis er aus weiter Distanz wie ein gewaltiger Riese erscheint.“² Und tatsächlich erkennen wir die europäische Idee häufig deutlicher, wenn wir sie durch die Augen der Anderen sehen. Für viele Menschen auf der Welt ist Europa mit seiner zivilisatorischen Kraft anziehend und weitaus mehr als eine wirtschaftliche Macht und die Bündelung nationaler Politiken.

Der Blick von Autoren unterschiedlicher Disziplinen, die von außen auf Europa blicken, soll in diesem Band jedoch nicht nur dazu dienen, die Konturen des europäischen Projekts und die zugrundeliegenden Ideen klarer zu erkennen. Die multiperspektivische Betrachtung soll einen Schritt weiter gehen und aufzeigen, welchen Herausforderungen diese Ideen im Wandel der globalen Ordnung ausgesetzt sind – unter welchen Bedingungen sie im globalen Wettbewerb bestehen können.

Europa hat in der Weltpolitik über Jahrhunderte eine zentrale Rolle gespielt. Seit Aristoteles sind Europäer es gewohnt, sich in der Mitte der Weltkarte zu sehen. Deutschland, England, Italien, Portugal und Spanien haben als Kolonial- und Hegemonialmächte auch weit jenseits des europäischen Kontinents tiefe Spuren hinterlassen.

.....
2 Martin Schulz: Der Gefesselte Riese. Europas letzte Chance, Berlin 2013, S. 8.

Momentan befindet sich die Weltordnung jedoch im Wandel und die ökonomische Kraft ballt sich nun (wieder) in Ländern wie China, Brasilien und Indien. Diese Länder sind nicht länger gewillt, nach internationalen Spielregeln zu spielen, an deren Entstehung sie nicht mitgewirkt haben, und die ihren Werten und Normen nicht entsprechen. Die Welt ist multipolar geworden, verschiedene sozio-ökonomische Modelle und politische Ideologien konkurrieren miteinander. In dieser neuen Weltordnung wird sich Europa – die leise Supermacht (Jeremy Rifkin) – nur dann Gehör verschaffen können, wenn es mit einer Stimme spricht. Für sich genommen, würden einzelne europäische Staaten weder wirtschaftlich noch politisch oder militärisch in Zukunft eine Rolle auf der Weltbühne spielen. Die Mitgestaltung des tiefgreifenden Wandels des internationalen Systems erscheint jedoch schwierig bis unmöglich, wenn der EU die Akzeptanz im Inneren fehlt. Die Frage, wie Europa sich als globaler Akteur positionieren sollte, kann also nur im Spannungsfeld inner-europäischer Herausforderungen auf der einen und internationaler Erwartungen auf der anderen Seite beantwortet werden.

Verantwortung für die Menschen, die von Europa träumen

Die europäischen Errungenschaften stehen heute, so selbstverständlich sie uns auch erscheinen, im Zuge des Erstarkens anderer politischer Systeme und Ideologien unter Konkurrenzdruck. Zum einen ist in den vergangenen Jahren die Notwendigkeit offensichtlich geworden, dass dem Euro als gemeinsamer Währung entsprechende fiskalpolitische Instrumente und eine weitergehende politische Integration folgen müssen. Zum anderen wird jedoch häufig konstatiert, wir Europäer müssten aus unserer Träumerei aufwachen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Nur so könnten wir auf den globalen Märkten mit den jetzt erstarkenden Volkswirtschaften wie China konkurrieren.

Aber wer in Europa kann und will sich wirklich vorstellen, unter welchen Bedingungen auf der Schwäbischen Alb produziert werden müsste, um bei den Lohnstückkosten mit Bangladesch zu konkurrie-

ren? So argumentiert Anthony Giddens: „The social model has to be integrated with the achievement of economic prosperity, not just treated as dependent upon it.“³ Bei genauerer Betrachtung könnte gerade die soziale Marktwirtschaft mit ihren Ausgleichsmechanismen, ihren sozialen und ökologischen Standards, einen Vorteil im globalen Wettbewerb bringen.

Dafür spricht das große internationale Interesse an den europäischen sozialen Sicherungssystemen. China kämpft derzeit mit gesellschaftlichen Unruhen aufgrund wachsender sozialer Ungleichheit und ist auf der Suche nach stabilisierenden Strukturen. Hierzu gehört es, die Lebensstandards für breitere Bevölkerungsschichten anzuheben und die Umwelt für künftige Generationen zu bewahren. Aber auch andere aufstrebende Industriegesellschaften sehen sich mit der Aufgabe konfrontiert, einer großen Zahl von Menschen ökonomisch wie sozial eine Perspektive zu geben, die weit über das reine Überleben hinausreicht.

Wie attraktiv die EU von außen sein kann, haben auch die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine gezeigt. So waren unter den hunderttausenden Demonstranten auf dem Maidan auch viele, die für europäische Werte gekämpft haben, die mit der europäischen Flagge in der Hand viel riskiert haben, um die Ukraine nach Europa zu führen. Für Demonstranten in Kiew steht Europa für einen klaren, zukunftsweisenden Weg. Europa verspricht individuelle Freiheit, Wohlstand, politische Teilhabe, mehr Chancen und mehr Rechte. Gleichzeitig zeigt die geopolitische Großwetterlage, dass die EU mit ihrer ganz offensichtlich vorhandenen Soft Power nun auch Verantwortung für die Menschen übernehmen muss, die von Europa träumen.

Diese Textsammlung soll neue Perspektiven auf Europa bieten. Sie erscheint im Kontext der Konferenz „Europa – Traum und Wirklichkeit“, die am 9. Mai 2014 von der Alfred Herrhausen Gesellschaft in Berlin veranstaltet wird, und in deren Rahmen Redner aus verschiedenen Erdteilen und Disziplinen ihre unterschiedlichen Vorstel-

3 Anthony Giddens: *Turbulent and Mighty Continent. What Future for Europe*, Cambridge 2014, S. 15.

lungen vom europäischen Traum austauschen. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf dem Blick von außen liegen. Diese Konferenz wurde in Kooperation mit der Europäischen Schriftstellerkonferenz organisiert, die am 8. Mai 2014 ebenfalls in Berlin stattfindet. Hier diskutieren Frank-Walter Steinmeier, Mely Kiyak, Nicol Ljubić, Tilman Spengler und Antje Rávic Strubel mit 30 weiteren Autoren aus ganz Europa, wie sich der „Traum von Europa“ leben lässt und wie träumen dazu beitragen kann, Alternativen zur europäischen Gegenwart aufzuzeigen.

Beide Veranstaltungen stellen bewusst nicht politische Institutionen und Prozesse, also die Hardware des europäischen Einigungsprojekts, in den Fokus. Sondern sie forschen nach den kulturellen Grundlagen und Ideen des europäischen Einigungsprojekts, gewissermaßen also nach der Software. Es soll nicht um eine kühle Kosten-Nutzen-Kalkulation gehen, sondern um die kulturelle Vielfalt und die kulturhistorischen Wurzeln des europäischen Kontinents. Entsprechend sollen mit Schriftstellern, Philosophen und Kulturschaffenden auch Stimmen jenseits von Politik und Wirtschaft zu Wort kommen und das europäische Gesellschaftsmodell diskutieren. Was bleibt, wenn man die tiefgreifenden ökonomischen Interdependenzen und den gemeinsamen Binnenmarkt, dessen Segnungen jahrzehntelang zur ökonomischen Rechtfertigung jedes weiteren Integrations schritts herangezogen wurden, vom Projekt Europa abzieht? Reichen 2000 Jahre aufeinander bezogene Geschichte und ein stark verknüpftes kulturelles Erbe aus, um zusammen durch dick und dünn zu gehen? Die Frage, ob der europäische Traum mit all seinen unterschiedlichen Ausprägungen und Facetten in einer globalen Wirklichkeit Bestand haben kann, muss diskutiert werden.

In den zahlreichen Projekten, welche die Alfred Herrhausen Gesellschaft in Schwellen- und Entwicklungsländern durchgeführt hat, ist mehr als einmal die Frage aufgekommen, warum Europa nicht mehr aus seinem Zivilisationsmodell und seiner Soft Power macht. Vielleicht kann diese Publikation Antworten geben.

Freiheit in der Vielfalt

VON FRANK-WALTER STEINMEIER

IM MAI 1988 kam eine Gruppe von Schriftstellern in West-Berlin zusammen und träumte den Traum von Europa. Sie kamen aus Ost und West, Süd und Nord, und auch von weiter her: Susan Sontag aus den USA und Kuma Ndumbe III aus Kamerun. Gemeinsam träumten sie vom geeinten Europa. „Wir ahnten nicht, wie nah wir der Utopie waren“, schreibt einer, der dabei war.

So wie die Schriftsteller träumten damals auch Menschen in der anderen Hälfte der geteilten Stadt. Binnen Monaten brach ihr Traum sich Bahn. Er trieb friedliche Revolutionäre auf den Prager Wenzelsplatz, zu den Danziger Werften, vor die Leipziger Nikolai-kirche. Stück für Stück schliffen die Träumer die Berliner Mauer, lüfteten sie den Eisernen Vorhang.

Das ist ein Vierteljahrhundert her. Doch wenn ich heute als Außenminister in der Welt unterwegs bin, dann merke ich, dass solche Träume noch geträumt werden. Und längst nicht nur in Europa! Es sind Träume in Afrika und im Mittleren Osten, auf dem Tahrir-Platz in Kairo und auf dem Maidan in Kiew.

Ich empfinde es als großes Privileg, als Außenminister nicht nur hinaus in die Welt zu schauen, sondern auch den Blick aus der Welt zurück nach Hause zu werfen: zurück nach Europa. Und wenn ich mit den Träumern in Kiew oder Kairo spreche, dann ist Europa für sie ein Hoffnungsanker. Auch wenn wir Europäer selbst es nach

Jahren der Krise kaum für möglich halten: Europa bleibt für viele ein Traum.

Was macht ihn aus, diesen Traum von Europa? Es ist der Traum von einer Gesellschaft, die Freiheit und Zusammenhalt verbindet. Die Selbstbestimmung des Einzelnen und sozialen Ausgleich ermöglicht. Die die Vielfalt der Lebensentwürfe über den Zwang zur Anpassung stellt. Dieses Modell ist einzigartig auf der Welt. Es gehorcht weder dem reinen Individualismus und entfesselten Märkten auf der einen Seite noch dem Obrigkeitsstaat auf der anderen Seite – sei er religiös oder ideologisch oder pragmatisch motiviert. Zwischen diesen Polen steht das Modell Europa als Hoffnung auf eine glückliche Balance von Freiheit und Zusammenhalt.

Dieser Traum von Europa ist geschichtlich gewachsen. Er ist wahrlich kein naiver Traum, in einer sternklaren Nacht vom Himmel gefallen. Sondern er ist ein Traum nach Jahrhunderten von Albträumen – nach nicht enden wollenden Kriegen, Opfern und Konflikten.

Ist es an der Zeit, von Träumen zu sprechen?

An der Konferenz von 1988 nahm auch die ungarische Philosophin Ágnes Heller teil. Sie hat in ihrem langen Leben die Albträume Europas an Leib und Seele erfahren. Der Anblick der Donau in ihrer Heimatstadt bereitet ihr noch heute böse Träume, seit sie als jüdisches Mädchen den Erschießungen der Nazis an ihrem Ufer entflohen war. Nach dem Krieg hat sie mit vielen Intellektuellen den Traum vom Kommunismus geträumt. Auch der entpuppte sich als Albtraum: mit politischer Schikane, verwanzten Wohnzimmern und allgegenwärtiger Kontrolle im Leben und im Denken.

Schon einmal – 20 Jahre vor der Konferenz von Berlin – hatte Ágnes Heller ein Manifest von europäischen Schriftstellern unterzeichnet: zur Solidarität mit den Revolutionären des Prager Frühlings von 1968. Doch das verstärkte nur ihre Verfolgung, die sie schließlich aus ihrer Heimatstadt Budapest vertrieb, zuerst nach Australien, und schließlich nach New York, als Nachfolgerin auf

Hannah Arendts berühmten Lehrstuhl an der New School. Auch Ágnes Heller, die 1988 von New York nach Berlin angereist war, hatte also nicht zu hoffen gewagt, wie nah sich Traum und Wirklichkeit wenig später kommen würden.

Heute, 26 Jahre später, treffen sich erneut Schriftsteller, Kulturschaffende, Intellektuelle und Wissenschaftler in Berlin. „Europa – Traum und Wirklichkeit“ ist ihre Konferenz überschrieben. Manche mögen sich da fragen, ob es an der Zeit ist, dass die kulturelle, intellektuelle und politische Elite den europäischen Traum bejubelt, während unter vielen Menschen auf dem Kontinent die Europa-Skepsis so groß ist wie nie. Ob es an der Zeit ist, von Träumen zu sprechen, während Europa zwar seine Wirtschaftskrise langsam hinter sich lässt, die politische Krise im Innern aber weiterhin anhält. Und während unmittelbar vor seinen Toren die schwerste außenpolitische Krise seit Ende des Kalten Krieges tobt.

Ja, gerade deshalb ist es an der Zeit. Die Konferenz gehört zur Arbeit an Europa. Ágnes Heller hat es klug formuliert, als sie im Jahr 2010 auf das Ende des Sowjetregimes und den Aufstieg Europas zurückblickte. Dieser Erfolg, schreibt sie, „ist ein unerwarteter Segen. Doch man muss mit diesem Segen, wie mit allen Arten des persönlichen Segens, etwas anzufangen wissen. Jubel ist zwar ein wichtiger Gefühlsausdruck, doch kein sinnvoller Umgang mit dem Segen. Auf diesen Segen muss man mit Arbeit antworten.“

Die dringendste Arbeit liegt an den Rändern der Union

Die Arbeit ist nicht schwer zu finden. In Europa wächst heute eine Generation heran, für die – im Unterschied zu meiner eigenen und der meiner Eltern – Europa nicht mehr gleichbedeutend ist mit Aufstieg und Fortschritt. Die Erwartungen der jungen Menschen sind unmissverständlich – und ich höre sie an einer Schule in meinem Brandenburger Wahlkreis genau wie wenn ich als Außenminister ein Gymnasium in Athen besuche: „Finde ich nach Schule und Ausbildung einen anständigen Job? Bringt die Freiheit von Europa mir wirklich Chancen – oder muss ich mich vor ihr fürchten: vor gna-

denlosem Wettbewerb oder unkontrollierter Zuwanderung?“ Diesen jungen Menschen muss Europa beweisen, dass es jenes Versprechen hält – Freiheit und Zusammenhalt –, mit dem es solche Strahlkraft in der Welt entfaltet.

Manch einer findet einen Widerspruch zwischen der Begeisterung über das Modell Europa draußen in der Welt und der Skepsis im Innern, die so groß ist, dass bei der nahen Europawahl antieuropäische Populisten so stark zu werden drohen wie nie zuvor. Ich sehe darin keinen Widerspruch – im Gegenteil. Europa ist an eine Wegscheide gelangt. Es hat über die letzten Jahrzehnte Mechanismen entwickelt, die den Frieden sichern – und zwar nicht nur durch lose Koordinierung zwischen Staaten, sondern durch eigenständige Institutionen und Mehrheitsentscheidungen unter Staaten. Das ist einmalig auf der Welt. Nur führt es dazu, dass in Europa mittlerweile Interessenkonflikte ausgetragen werden, die an das Herz staatlicher Souveränität rühren: wirtschaftliche und soziale Fragen, Verteilungs- und Finanzfragen.

An ein so starkes Europa haben die Menschen hohe Ansprüche – zu Recht! Drei Ansprüche sind besonders dringend: dass Europa, erstens, demokratisch ist, dass es, zweitens, transparent und effizient arbeitet und dass es sich, drittens, auf die Fragen konzentriert, die es am besten lösen kann.

Europa sollte „groß in großen Fragen, klein in kleinen Fragen“ sein. Darüber sind wir uns einig. Aber was genau die großen Fragen für Europa sind, darüber müssen wir uns nach der Europawahl klar werden. Womit Ansprüche eins und zwei ins Spiel kommen: In einer demokratischen und transparenten Union kann man Prioritäten nicht einfach von oben verordnen. Europäische Prioritäten entstehen nur in einer europäischen Öffentlichkeit, in einem gemeinsamen Diskurs. Auch deshalb gehört eine Konferenz wie diese zur Arbeit an Europa.

Die dringendste Arbeit in diesen Wochen liegt jedoch an den Rändern der Union. Der Ukraine-Konflikt führt Europa in die schwerste außenpolitische Krise seit dem Kalten Krieg. Mit dem Versuch, sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Grenzen in Europa zu korrigieren, bricht Russland das Völkerrecht und die ukrainische Verfassung. Politisch öffnet die Einverleibung der Krim eine Büchse der Pandora, die in ihren Konsequenzen, übrigens auch für den Vielvölkerstaat Russland, überhaupt noch nicht zu übersehen ist.

Auf ihrer Berliner Konferenz im Mai 1988 verfassten die Schriftsteller einen offenen Brief an Ronald Reagan, Michail Gorbatschow und die anderen Regierungschefs der KSZE. Darin riefen sie: „Sind Sie nicht auch der Ansicht, dass die Überwindung der Spaltung Europas auf die Tagesordnung der Politik gehört?“ Die Frage klingt in diesen Tagen beklemmend aktuell. Genau wie die Schriftsteller damals nicht ahnten, dass die Spaltung Europas bald zu Ende gehen sollte, so wenig ahnten die Organisatoren der Konferenz von 2014, dass wir heute um eine neue Spaltung fürchten müssen.

Die Europäische Union handelt in dieser Krise gemeinsam. Auf Russlands Vorgehen haben wir entschieden und angemessen reagiert. Und zu keinem Zeitpunkt hören wir auf, Auswege aus der Eskalationsspirale zu legen.

Mit den Menschen in unserer Nachbarschaft, auf die Europa eine Anziehungskraft hat, wollen wir enger zusammenarbeiten: politisch, zivilgesellschaftlich, wirtschaftlich. Der Traum, den diese Menschen träumen, soll sich Bahn brechen, so wie er bei uns seinen Weg gefunden hat. Unsere Nachbarschaftspolitik setzt auf Kooperation und nicht auf Konfrontation. Sie hat es nicht auf neue Trennlinien angelegt, denn sie folgt nicht der Nullsummenlogik vergangener Zeiten.

Ob die Ukraine-Krise am Ende Europas Außenpolitik enger zusammenschweißt – das wird sich zeigen. Ob die Wirtschafts- und Währungskrise am Ende Europas Innenpolitik enger zusammenschweißt – auch das muss sich zeigen. Auf diese Fragen mögen unsere Nachfolger bei der nächsten Konferenz in 20 Jahren zurückschauen.

So oder so – Europa hat keinen Endzustand. Das Träumen wird weitergehen, und die Wirklichkeit bleibt eine Baustelle. Alles andere wären falsche Erwartungen.

Europa wird nie nur eine gemeinsame Identität haben. Die braucht es nicht – sondern Freiräume und Zusammenhalt in der Vielfalt seiner Identitäten.

Europa wird nie nur mit einer Stimme sprechen. Die braucht es auch nicht – sondern Mechanismen, die aus der Vielzahl seiner Stimmen gemeinsames Handeln machen. In einem lebendigen und bürgernahen Europa darf man sich streiten – genau wie Bürger es in einem lebendigen Nationalstaat tun.

Ein permanentes, nie endendes Gespräch

Europa braucht auch nicht eine neue Erzählung, ein letztgültiges Narrativ – sondern eine lebendige Öffentlichkeit. Deshalb sagt Tilman Spengler, einer der Initiatoren der Schriftstellerkonferenz von 2014: „Eigentlich ist das, was wir vorhaben, keine Konferenz, sondern eher so etwas wie ein permanentes Gespräch unter erzählenden Autoren, das nie zu enden scheint.“

Dieses Gespräch passt gut hinein in das Gedenkjahr 2014, in dem sich Europa seiner Katastrophen und seiner Erfolge erinnert: dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, dem Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren, dem Ende des Kalten Krieges vor 25 Jahren, und der EU-Osterweiterung vor zehn Jahren. Gerade in einem solchen Gedenkjahr gehört zur Arbeit an Europa ein Blick, der weiter zurückgeht und weiter nach vorn denkt als das tägliche politische Geschäft.

Ágnes Heller wird bei der Berliner Konferenz im Mai 2014, nur zwei Tage vor ihrem 85. Geburtstag, erneut dabei sein. Als Geschichtsphilosophin hat sie einmal geschrieben: „Man kann zur gleichen Zeit sich erinnern, jubilieren, mahnen und hoffen.“ Als europäischer Politiker würde ich hinzufügen: Man kann nicht nur – man muss.



Was hält Europa zusammen, was treibt es auseinander?

*Jetzt, da wir die EU am meisten brauchen,
zweifeln wir an unserem Einigungswerk.*

DOMINIQUE MOÏSI

Bescheidenheit, Scharfsinn, Ambition

VON DOMINIQUE MOÏSI

FRANKREICHS NATIONALE IDENTITÄT definiert sich durch seine internationale Identität. Wie sich die Franzosen wahrnehmen, hängt in großem Maß vom Blick der anderen ab. „Ich mische mich ein, also bin ich“ – dieser an Descartes angelehnte Ausspruch trug zumindest teilweise zum interventionistischen Enthusiasmus Frankreichs bei. In diesem Kontext ist die Welt eine Bühne, auf der die Identität der Nation definiert und verherrlicht wird.

Sieht sich Europa trotz seiner Vorbehalte gezwungen, diesem „französischen Modell“ zu folgen? Der Wandel des internationalen Umfelds bietet Europa die Gelegenheit, seine Identität neu zu definieren. Genau genommen handelt es sich nicht um die Möglichkeit, sondern um eine brennende Notwendigkeit, wenn nicht eine unausweichliche Verpflichtung. Die Unumgänglichkeit dieses Wandels verstehen und sich ihm anpassen – dies sind die Herausforderungen, mit denen Europa heute durch die Umbrüche in der Welt konfrontiert ist. Um sich ihnen zu stellen, muss es Bescheidenheit, Scharfsinn und Ambition an den Tag legen. Ausgehend von der Interaktion dieser drei Begriffe muss Europa seine Beziehung mit der Welt überdenken. Erfolg oder Misserfolg werden davon abhängen, welche Balance es zwischen ihnen herstellen kann.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts stellte Europa noch 20 Prozent der Weltbevölkerung – heute sind es lediglich 6 Prozent, morgen wer-

den es noch weniger sein. Vergleichsweise dazu hatte Afrika 1950 nur 180 Millionen Einwohner und wird 2050 zweifelsohne mehr als zwei Milliarden haben. Angela Merkel, die an der Spitze der größten Wirtschaftsmacht des europäischen Kontinents steht, betonte in ihrem letzten Wahlkampf immer wieder, dass Deutschland alleine, ohne Europa, mit nur 1 Prozent der Weltbevölkerung eigentlich „winzig“ sei. „Gemeinsam sind wir klein, getrennt sind wir niemand.“ Sicherlich ist Demografie nicht alles, doch ist sie ein wichtiges Kriterium. Europa ist nicht mehr das Zentrum der Welt und wird es auch nicht wieder werden. Als Folge seines Suizids im 20. Jahrhundert verlor der Kontinent sein Monopol als Modell. Die Fackel der Geschichte wurde von Europa nach Asien weitergetragen, mit einem Umweg über die USA, der noch nicht vollkommen zu Ende ist, aber nicht mehr das ist, was er einst war. Um diese Veränderung der Weltordnung zu akzeptieren und die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen, bedarf es zunächst der Bescheidenheit Europas. Eine Bescheidenheit, die zuallererst eine Veränderung in der Betrachtung des Anderen und damit auch sich selbst beinhaltet. Wir sind nicht da, um Lektionen zu erteilen. Nehmen wir uns in Acht vor unglücklichen Formulierungen mit einem zu starken historischen Beigeschmack. Europas Mission kann es nicht sein, „die Globalisierung zu zivilisieren“, wie es vor Kurzem ein überzeugter und aufrichtiger Europäer, Pascal Lamy, ausdrückte.

Das internationale Umfeld ist in letzter Zeit unendlich viel komplexer, unsicherer und – wagen wir dieses Wort – gefährlicher geworden. Amerika entfernt sich, Russland rückt näher, die alte „Ordnung“ des Mittleren Ostens zerfällt, Asien reckt sich. Und genau in diesem Moment, in dem die Europäer am stärksten an sich und am europäischen Einigungswerk zweifeln, einem Moment, in dem sie Europa am meisten bräuchten, scheinen sie am stärksten vom Populismus und der Versuchung der Abschottung angezogen zu sein.

Von allen Herausforderungen, die von außen an Europa herantreten und denen es sich heute entgegenstellen muss, lässt sich die dringlichste in einem einzigen Namen zusammenfassen: „Putin“. Werden wir auf diese Bedrohung zu reagieren wissen und seinen

Ambitionen Grenzen setzen können? Wird es eines Tages auf den Plätzen europäischer Städte Monumente zu Ehren des neuen Zaren mit der Inschrift „Für Wladimir Putin, die dankbare Union“ geben, weil er nach Jean Monnet der zweite Vater der EU gewesen sein wird? Monnet gab eine Mission und eine Methode vor, Putin verleiht dem europäischen Projekt erneut einen Sinn, eine Rechtfertigung. Warum Europa? Weil im Osten des Kontinents eine anachronistische Macht herrscht, die die Welt durch eine Definition der Macht sieht, die traditioneller nicht sein könnte. Europa hat gegenüber Moskau und seiner energiepolitischen Erpressung keine andere Chance, Putin seine Grenzen zu zeigen, als durch den Ausdruck seiner Einheit. Es ist nicht so sehr die Rückkehr der Krim in den russischen Schoß, die schockiert, als vielmehr die Weise, in der sie sich vollzog. Mit einer Mischung aus Lügen, List und Gewalt erwies sich Russland als würdiger Nachfolger sowjetischer Methoden und imperialer russischer Traditionen. Der Appetit kommt mit dem Essen. Für Moskau ist es verlockend, eine Strategie, die auf der Krim so gut funktionierte, auch im Osten der Ukraine, wenn nicht sogar im ganzen Land, anzuwenden. Entsprach der wohl gemischte Cocktail aus echten russischsprachigen Demonstranten und authentischen russischen Elitetruppen nicht ganz den Erwartungen Moskaus angesichts der Improvisation und Verwirrung der Übergangsmacht in Kiew?

Kann Europa eine rein zivile Macht bleiben?

Die Europäer müssen verstehen, dass ihre Politik der gezielten Sanktionen zur Stunde der reinen Kraftanwendung höchst unzureichend ist, auch wenn sie sich in Anbetracht der Schwäche der russischen Wirtschaft als teilweise erfolgreich erweisen kann. Nur durch eine Neugestaltung unserer Energiepolitik können wir uns Moskau langfristig und wirksam widersetzen. Eine saubere Energie ist zugleich eine Energie, die die Abhängigkeit von undemokratischen Quellen der Energieerzeugung nicht weiter stärkt. Deutschland, konfrontiert mit der Erpressung durch Russland, muss sein Verhältnis zur Kernenergie überdenken, Frankreich seine Ablehnung von Schiefergas und das

gesamte Europa seine Energiepolitik. Zwar steht Europa dieser Herausforderung nicht alleine gegenüber. Doch Amerika, ob mit oder ohne Putin, ist nicht mehr wirklich Amerika. Auch wenn sich die „großen Ohren“ aufmerksam geben, so blicken die USA eher mit Distanz auf Europa, sind sie doch hin- und hergerissen zwischen der Versuchung des Rückzugs und der Verpflichtung eines Ausgleichs ihrer Bemühungen in Asien. Für die USA ist Europa nicht mehr die vorderste Verteidigungslinie in der Welt: Russlands ganz realer Schadenskraft zum Trotz kann man machtpolitisch wegen der russischen Bäume nicht den chinesischen Wald ignorieren. Europa wird sich immer mehr auf sich selbst verlassen müssen. Doch hat es dafür auch die entsprechenden Kapazitäten – oder vielmehr, wird es eines Tages den Willen dafür haben? Dies ist die eigentliche Frage.

Auf der anderen Seite des Mittelmeers werden die „Linien in den Sand“, die 1916 durch das Sykes-Picot-Abkommen gezogen wurden, vor unseren Augen in Frage gestellt. Von Syrien über den morgen vielleicht fragilen Libanon bis zum Irak ist ein, wenn auch künstliches Gleichgewicht erschüttert. Europa steht bei diesem Risiko eines zerfallenden Nahen und Mittleren Ostens an vorderster Front. Wie lange kann es sich gegen den Anstieg zum Nichts, das einen verschwindend geringen Teil seiner Jugend muslimischen Glaubens wie ein Liebhaber anzieht, schützen?

Und dann ist da noch Asien, das sich wie Europa vor dem Ersten Weltkrieg verhält. Im chinesischen Meer liefern sich chinesische und japanische Kriegsschiffe ein verantwortungsloses Seegefecht. Könnte 2014 für Asien das Äquivalent zum Jahr 1914 für Europa werden – das Jahr, das einer langen Zeit des Friedens ein Ende setzte? Angesichts dieser externen Bedrohungen muss Europa seine Bescheidenheit und Scharfsinnigkeit unter Beweis stellen, mehr noch aber seinen Ehrgeiz.

Zu Recht ist Europa stolz auf sein Modell der deutsch-französischen Versöhnung, auf seinen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Doch kann es nicht länger ein Vorbild sein, wenn es aufhört, als Akteur betrachtet zu werden. In einer Welt, die eines Tages als postmodern bezeichnet wurde, tatsächlich aber eher „klassizistisch“,

wenn nicht sogar vormodern scheint, kann Europa nicht mehr der eigenen Wunschvorstellung als ausschließlich zivile Macht nachhängen. In Anbetracht der wachsenden Unsicherheiten im internationalen Umfeld setzt Soft Power ein Minimum an Hard Power voraus. Sicherlich regt Europa wegen der russischen Bäume die europäischen Länder, die nicht Teil der Europäischen Union sind, weiterhin zum Träumen an. So sehr sich also am 25. Mai antieuropäische Wählerstimmen aller Voraussicht nach in Ländern wie Frankreich manifestieren werden, so deutlich werden die Ukrainer – sofern eine geregelte Durchführung von Wahlen möglich ist – in ihrer Mehrheit proeuropäisch stimmen.

Doch man kann nach außen keine Werte predigen, die man zu Hause missachtet. Ein wachsender Populismus stellt die Anziehungskraft des europäischen Modells in Frage: Ungarn unter Viktor Orbán scheint immer mehr das Antimodell inmitten eines Europas, das sich selbst sucht, und dabei Gefahr läuft, sich zu verlieren. Anders ausgedrückt: Europa kann sein Modell des Kapitalismus mit menschlichem Antlitz nicht mit Stolz „verkaufen“, wenn es sich als unfähig erweist, es nach innen ebenso wie nach außen zu verteidigen.

Im Jahr 2014 kann das europäische Paradox folgendermaßen zusammengefasst werden: Nie brauchten seine Bürger Europa mehr für ihre Existenz und ihren Schutz. Doch zugleich erschien Europa in den Augen seiner Bürger nie ferner, kälter, anonym, ja gar wirklichkeitsfremder.

Zwischen der internen Bedrohung durch den Populismus und der externen durch Putin hat Europa dennoch allen Grund dazu, überzeugend und klar aufzutreten. Europas Identität konstruiert sich eher durch eine „Geografie der Werte“ als durch „Werte der Geografie“. Die Ansicht, dass die Zukunft Europas über eine Allianz mit dem heutigen Russland verläuft, ist eine historische Fehlinterpretation. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, den „Flirt“ zu sehen, der zwischen den rechtsradikalen Parteien wie dem Front National in Frankreich und Moskau bestehen kann. Ihre Feinde sind dieselben: Freiheit, der Rechtsstaat und der demokratische Pluralismus – die drei Säulen, auf denen Europa erbaut wurde.

Die Wiederkehr der Außenwelt

EIN GESPRÄCH MIT JANUSZ REITER

IP: Hat der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder nach 1989 der EU einen „Vitalitätsschub“ verpasst, der nun versiegt?

Reiter: Auf jeden Fall waren die vergangenen 25 Jahre in der polnischen Geschichte wahrscheinlich die erfolgreichsten, und es ist kein Zufall, dass dies in die Zeit fällt, in der Polen seinen Platz in Europa – aber nicht in einem abstrakten, sondern dem politisch organisierten, integrierten Europa – gefunden hat. Jetzt stelle ich mir die Frage: Ist dies am Ende nur eine Fußnote der europäischen Geschichte? Oder ist dieses integrierte Europa eine dauerhafte Konstruktion, an der man wohl immer wieder etwas korrigieren muss, die sich aber behaupten wird? Diese Frage muss man stellen, weil wir zwei zusammenfallende krisenhafte Erscheinungen haben. Die innere Krise Europas, und das ist nicht nur eine finanzielle Krise ...

IP: ... sondern eine mentale Krise?

Reiter: Ja. Zweitens haben wir eine äußere Krise, die uns sehr deutlich vor Augen führt, dass Europa vergessen hat, dass es eine Außenwelt gibt, die sich wesentlich von Europa unterscheidet. Die Außenwelt ist keine Ausnahme von der EU. Wir sind die Ausnahme. Europa hat lange versucht, seine Einheit durch Abstinenz in der Weltpolitik zu bewahren. Das ist nicht mehr möglich. Die Frage ist also: Muss die Partizipation an der Weltpolitik Europa zurückführen in

das alte politische Modell oder kann Europa sich so aufstellen und an der Weltpolitik partizipieren, ohne das Wesentliche, was es unterscheidet, zu verlieren?

IP: Wo manifestiert sich denn die mentale Krise?

Reiter: Ganz deutlich im Aufstieg der antieuropäischen Parteien, aber auch in der sehr defensiven Haltung der proeuropäischen Kräfte, denen im Grunde nichts Neues einfällt. Wenn ich höre, dass in Brüssel eine Kommission gebildet wird, die sich ein neues Narrativ für Europa einfallen lassen soll, ist das zwar nett, zeigt aber eine furchtbare Hilflosigkeit. So formuliert man keine überzeugende Antwort auf die Zweifel der Menschen. Europa, also die Europäische Union, kann die Emotionen vieler Europäer nicht mehr bedienen.

IP: Hat sich das Friedensprojekt erschöpft?

Reiter: Europa ist als eine Absage an die fatalen Erfahrungen in der Vergangenheit konzipiert worden; das ganze Projekt spiegelte ein starkes Misstrauen gegen die europäischen Nationen wider. Deshalb hat man die Europäische Kommission als eine Art institutionalisierte Vernunft Europas gebildet, mit dem klaren Auftrag, Politik durchzusetzen, die sinnvoll ist, aber mit der sich die nationalen Regierungen möglicherweise schwertun würden. Das wurde lange akzeptiert, weil man sich ja einig war, dass diese vernünftigen Dinge erledigt werden müssten. Nur gilt dieser Konsens nicht mehr.

IP: Warum nicht?

Reiter: Viele würden sagen, weil die Europäische Kommission viele Fehler gemacht hat. Das erklärt aber nicht alles, denn die Kommission hat viel Positives geleistet. Dieses Konzept „Begrenzt das Vertrauen in die Nationalstaaten!“ wird nicht mehr akzeptiert. Die Nationalstaaten haben kein schlechtes Gewissen mehr. Das gilt sogar für diejenigen, die einen besonderen Komplex hatten, wie Deutschland. Das ist irgendwie verständlich. Diese Rollenverteilung wird nicht mehr akzeptiert. Die Emotionen finden in den Nationalstaaten statt, nicht in Europa. Das wirkt bürokratisch und blutleer.

IP: Warum fällt es denn schwer, allenfalls Europa, aber eben nicht die EU mit Emotionen in Verbindung zu bringen?

Reiter: Weil die Emotionen immer auch einen negativen Bezugspunkt hatten, das war die Geschichte, die Vergangenheit. Den historischen Bezugspunkt gibt es nicht mehr, aber es gäbe den äußeren Bezugspunkt. Nur besitzt Europa kaum so etwas wie ein Sendungsbewusstsein in der Welt, keinen Ehrgeiz, die Welt zu gestalten. Wir haben Angst vor dieser Welt. Uns ist die Motivation ausgegangen, die sich aus der Geschichte ergibt, denn wir haben ja eine Alternative zu dieser Geschichte geschaffen. Wenn ich mit politischen Eliten spreche, dann heißt es oft: Es geht jetzt um die Bewahrung des Erreichten. Das müssen wir gegen die Zweifel der Bürger bewahren, aber auch gegen diese böse Außenwelt, die uns stören will.

IP: Dass ukrainische Bürger monatelang in Eiseskälte und unter Lebensgefahr dafür demonstriert haben, in ebensolcher Würde wie die EU-Bürger leben zu können, ist doch an positiver Emotionalität nicht zu überbieten. Warum erfahren sie in der Öffentlichkeit so wenig Sympathie?

Reiter: Dass jemand Europa so intensiv und enthusiastisch erleben könnte, bringt viele Europäer in Verlegenheit statt sie stolz zu machen und zum Nachdenken zu bringen, ob diese europäische Idee nicht doch etwas Attraktives zu bieten hätte.

IP: Warum war Polen nie anfällig für diese Europa-Müdigkeit?

Reiter: Polen hat das nicht geschafft, (lacht) es ist ja erst seit zehn Jahren in der Europäischen Union. Trotz aller Probleme verbinden die Polen Positives mit Europa, obwohl der Wohlstand in Polen geringer ist als beispielsweise in Griechenland. Zum ersten Mal allerdings hat die Krise in der Ukraine Sorgen ausgelöst, ob denn Krieg in diesem Teil der Welt wirklich so unmöglich ist, wie wir glaubten. Dabei ist man sich – trotz zuweilen unterschiedlicher Tonlage – auf politischer Ebene einig: Man muss die Ukraine stützen, ein Scheitern des Landes kann man nicht zulassen. Was die Öffentlichkeiten Deutschlands und Polens betrifft, so gibt es durchaus Unterschiede. Und hier müssen wir uns fragen: Sehen wir eine Kluft zwischen

politischer Elite und Öffentlichkeit, die nicht ganz außergewöhnlich ist und verringert werden kann, sobald eine Politik gemacht wird, die von der Bevölkerung akzeptiert und legitimiert wird? Oder ist das eine Spannung, die sich verschärfen wird und die zu politischen Veränderungen führen kann? Es geht nicht darum: Wer mag Herrn Putin, sondern es geht um die offene, wichtige Frage: Welche sind die Werte, zu denen wir stehen? Was ist unser Selbstverständnis, wie interpretieren wir die Welt? Für die weitere Zukunft Europas und das deutsch-polnische Verhältnis sind das entscheidende Fragen.

IP: Wo sehen Sie da die größte Herausforderung?

Reiter: In unmittelbarer Umgebung sind es natürlich die Herausforderungen unserer südlichen und östlichen Nachbarschaft. Die Entwicklungen südlich des Mittelmeers mögen dabei einige Gefahren bergen, aber sie haben nicht das Potenzial, Europa so zu verunsichern wie die Herausforderungen, die von Osten kommen. Diese werfen Fragen nach unserer Identität auf, sie lösen Emotionen aus, lassen Erinnerungen wieder hochkommen. Das ist viel gefährlicher als die Sicherheitsbedrohungen aus dem Süden. Und wen trifft diese Herausforderung besonders? Die östlichen EU-Länder, darunter in erster Linie Polen und die baltischen Staaten. Man vergisst oft, dass das Entscheidende, die historischen Erinnerungen, die jetzt unser Verhalten prägen, nicht Erinnerungen aus dem Kalten Krieg, sondern viel frühere Erinnerungen sind. Die sind eben anders in Polen oder in Ungarn oder in Tschechien. Dann aber auch in Deutschland und bedingt auch in Frankreich. Deutschland, weil es der Kern Europas, aber auch der ganzen europäischen Politik ist. Der Kampf um Europa war immer ein Kampf um Deutschland. Wer Deutschland auf seiner Seite hatte, kontrollierte Europa, wer Deutschland verlor, verlor Europa. Das war den Amerikanern klar, das war den Russen klar.

IP: Ist es Deutschland klar genug?

Reiter: Da bin ich mir nicht so sicher. Man glaubte, das Thema Sicherheit hätte seinen dominierenden Rang verloren. Auch Teilen

der Eliten ist das Gefühl dafür verloren gegangen, wie wichtig Amerika für den Aufbau, die Schaffung Europas war. Es gehört ein bisschen Demut und Kenntnis der Geschichte dazu, um sich darüber klar zu werden, dass wir nicht unbedingt ein besseres Europa bekommen, wenn die USA sich ganz zurückziehen würden. Es ist schon ein bisschen ein gestörtes Weltbild, wenn man glaubt, Europa müsse sich sozusagen gegen Amerika emanzipieren, während wir in der Nachbarschaft eine Großmacht haben, die keinen Hehl daraus macht, dass sie uns wirklich verändern will und möglicherweise auch kann. Das ist Russland. Unser Einfluss auf Russland ist derzeit fast null, aber Russlands Einfluss auf Europa ist erheblich. Damit meine ich jetzt nicht nur die Abhängigkeit von Gasimporten, damit können wir relativ leicht fertig werden, glaube ich. Aber Russland hat ein gutes Gefühl für Stärke.

IP: Oder sagen wir, diese Führung.

Reiter: Und Russland hat offensichtlich erkannt: Die Europäische Union hat nicht genug Selbstbewusstsein, nicht genug Selbstvertrauen. Russland kommt mit einem Angebot, das erstaunlicherweise in seiner Umgebung kaum Interesse findet. Dieses russische Modell mit den so genannten traditionellen Werten, dieses autoritäre Gesellschaftsmodell findet in der Nachbarschaft kein Interesse. Aber erstaunlicherweise gibt es im Westen, wo wir im Wohlstand und in einer liberalen Demokratie leben, Menschen, die finden, dass dieses Modell doch gar nicht so uninteressant sei, denen Stärke also zu imponieren scheint. Das ist erschreckend, aber das nehme ich nicht als ein Urteil der Geschichte, sondern als etwas, das unsere intellektuelle und politische Antwort erfordert. Europa braucht jetzt Menschen, die es mögen, lieben und verteidigen wollen. Denn es kann nicht mehr für so selbstverständlich gehalten werden. Es gibt keine Selbstverständlichkeiten mehr. Und ich fürchte: Wenn wir uns selbst nicht imponieren, als Europa, dann können wir auch anderen nicht imponieren.

Das Gespräch führte Sylke Tempel.

Sterben für Europa

VON MYKOLA RIABCHUK

DIE JÜNGSTE REVOLUTION in der Ukraine – der „Euro-Maidan“ – war die erste und vermutlich letzte Volksbewegung, die sich unter der Flagge der Europäischen Union erhob. Vielen im Westen, und vor allem denjenigen, die der Europäischen Union wachsende Skeptis entgegenbringen, mag es seltsam erscheinen, dass Tausende junger Ukrainer auf die Straße gingen, um ein Abkommen zu verteidigen, das ihnen keine unmittelbaren Vorteile versprach. Timothy Snyder hat dies in seinem Blog der *New York Review of Books* in einer bitteren Frage auf den Punkt gebracht: „Liesse sich irgendjemand irgendwo in der Welt für eine Handelsvereinbarung mit den Vereinigten Staaten mit dem Schlagstock malträtieren?“ Mit Sicherheit war Snyder auch die Antwort auf diese Frage bekannt: Es war nicht das Assoziierungsabkommen selbst, das die Demonstranten mobilisierte, sondern das, wofür es steht: die Hoffnung auf „ein normales Leben in einem normalen Land“.

Nachdem die Regierung im November 2013 den Menschen die Hoffnung auf ein „normales Leben“ genommen hatte, fühlten diese sich nicht nur in diesem einen Punkt betrogen, sondern in allen Aspekten ihres Lebens – die gesamte Entwicklung des Landes war 22 Jahre lang in einer Grauzone zwischen den postsowjetischen Autokratien im Osten und den immer demokratischer und wohlhabender werdenden Nachbarn im Westen steckengeblieben. Nach dem

Zusammenbruch des kommunistischen Systems waren die Staaten dieser Grauzone zunächst noch die zahlenmäßig stärkste Gruppe gewesen; sie umfasste praktisch alle Länder auf dem Balkan und sämtliche westlichen (nichtasiatischen) Republiken der früheren Sowjetunion. In diesen Ländern war die Zivilgesellschaft weder stark genug, das alte Regime von der Macht zu vertreiben, noch war sie in der Lage, vollständige und radikale institutionelle Reformen vorzunehmen, so wie dies in Ostmitteleuropa und im Baltikum geschah. Die Regime selbst waren ebenso wenig in der Lage, ihre Macht uneingeschränkt zu wahren und unter einem anderen Namen so weiterzumachen wie bisher, wie dies in Zentralasien der Fall war.

Man hätte auf den ersten Blick Samuel Huntington beistimmen können: Alle erfolgreichen Transformationen vollzogen sich im Bereich der westlichen Christenheit; alle hybriden Regime entwickelten sich im Bereich der orthodoxen Christenheit, und in der postsowjetischen muslimischen Welt fanden gar keine echten Veränderungen statt – hier ging lediglich eine Form der Diktatur in die nächste über. Eine sehr viel bessere Erklärung ergibt sich allerdings aus der Tatsache, dass alle erfolgreichen Transformationsprozesse in jenen Ländern erfolgten, die historisch dem Deutschen oder dem Habsburgischen Reich zuzurechnen waren. Sie können zwar bestimmt nicht als ideale Beispiele für moderne Demokratien gelten, wiesen aber bessere Machtkontrollen und eine verlässlichere Rechtsstaatlichkeit auf als das absolutistische und despotische Russische und Osmanische Reich, denen alle anderen postkommunistischen Nationen historisch verbunden waren.

Hybride Regime sind in sich instabil. Es wundert nur wenig, dass die meisten von ihnen sich entweder allmählich zu einer gefestigten Demokratie entwickelten (wie dies die Balkan-Staaten mit tatkräftiger Unterstützung des Westens taten) oder sich – typischer noch und vorhersehbarer – in Richtung eines autoritären Herrschaftssystems entwickelten, wie dies abgesehen von den nicht eindeutig zuzuordnenden Beispielen der Ukraine und der Republik Moldau in allen übrigen postsowjetischen Staaten geschah. Dass sich die Ukraine und die Republik Moldau nicht eindeutig zuordnen lassen, hängt mit zwei miteinander verknüpften Faktoren zusammen. Beide Staaten waren

die am westlichsten ausgerichteten Teile des Sowjetreichs gewesen (die Republik Moldau gehörte historisch zu Rumänien, während die Ukraine ein Teil Polens und Österreich-Ungarns war). Zum historischen Erbe beider Länder gehört eine gesplattene Identität. Das hilft, eine Art „standardmäßigen Pluralismus“ selbst dann zu entwickeln, wenn funktionierende demokratische Institutionen fehlen.

Identität speist sich aus bestimmten Werten, und sowohl die Ukraine als auch die Republik Moldau sind in dieser Hinsicht in einen sowjetischen und nicht-sowjetischen (oder antisowjetischen) Teil gesplatteten. In erster Linie ist dies keine ethnische, linguistische oder regionale Spaltung, sondern vor allem eine ideologische und wertorientierte, auch wenn es nachvollziehbare Wechselbeziehungen zwischen Sprache, Volkszugehörigkeit, regionaler Verbundenheit, Ausbildung und Alter sowie wertebasierter Haltungen und Orientierungen gibt. Der erste Test für die Ukrainer erfolgte am 1. Dezember 1991, als in einem nationalen Referendum 90 Prozent der Bevölkerung für die nationale Unabhängigkeit eintraten, bei den Präsidentschaftswahlen aber nur ein Drittel der Wähler antikommunistische Kandidaten unterstützte und zwei Drittel die früheren kommunistischen Herrscher. Dies war ein klares Zeichen dafür, dass nur eine Minderheit der Bevölkerung eine unabhängige Ukraine auch als ein völlig neues Land sehen wollte, das radikal mit seiner kommunistischen und kolonialen Vergangenheit, mit althergebrachten Praktiken, Kadern und Institutionen brach. Nur eine Minderheit sprach sich für einen wahrhaft europäischen Weg aus, wie ihn die ostmitteleuropäischen und baltischen Nachbarn einschlugen. Zwei Drittel der Bevölkerung unterstützten die Ukraine als eine bloße Fortschreibung des bisherigen Systems – eine postkommunistische Reinkarnation der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik einschließlich all ihrer Gewohnheiten, Kader und Institutionen.

Es dauerte mehr als zehn Jahre, bis die sowjetferne Minderheit stark und zahlreich genug geworden war, um das fest verwurzelte oligarchische System herausfordern zu können, das sich aus einer seltsamen Symbiose der postkommunistischen Nomenklatura und der kriminellen Unterwelt entwickelt hatte. Die Orangene Revolu-

tion des Jahres 2004 wird oft als Erhebung von Millionären gegen Milliardäre abgetan. Trotz ihres grob-vereinfachenden, gar karikierenden Charakters spiegelt diese Metapher aber auch ganz zutreffend einen bourgeoisen, antifeudalen Wesenszug der Revolution wider: Ihr oberstes Ziel war es, sich vom überholten oligarchischen System zu befreien, ihre stärkste Triebkraft waren die neue Mittelklasse, kleine und mittlere Unternehmen, Studenten, Berufstätige und Kreativarbeiter – allesamt unternehmerisch denkende Menschen, deren Werte hinsichtlich ihrer Selbstverwirklichung auf jene konformistischen Werte prallten, die dem homo sovieticus zur Überlebenssicherung eigen waren und die vom oligarchischen Regime zum eigenen Vorteil ausgenutzt wurden.

Eine Revolution gegen den Feudalismus

Die Revolution des Jahres 2004 stellte sich als Fehlschlag heraus, die wertorientierten Tendenzen in der ukrainischen Gesellschaft jedoch verschwanden nicht. Vielmehr wurde diese wachgerüttelt von der zutiefst antiwestlichen, antimodernen und quasifeudalen Politik der Regierung Viktor Janukowitsch. Dass die Assoziierungsvereinbarung mit der EU auf die lange Bank geschoben wurde, setzte den ukrainischen Hoffnungen auf eine bessere Zukunft ein Ende; die Offerte der Regierung, einer von Russland geführten Zollunion beizutreten, aber stand für die furchterregende Option, auf ewig in einem altbekannten Herrschaftsraum gefangen zu sein, der sich durch Rechtlosigkeit, Rückwärtsge wandtheit, zügellose Korruption und einen paranoiden Großmacht-Chauvinismus auszeichnet.

In gewisser Hinsicht war die „Euro-Maidan“-Bewegung unausweichlich. Was auch immer die Experten über die fraglos prorussische (richtiger wäre: panslawische und rückständige sowjetophile) Ausrichtung eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung sagen mögen: Wohl niemals würde sich der prowestliche, sowjetferne und bürgerlich denkende Teil der Gesellschaft mit einem politischen und ökonomischen System anfreunden, das von Wladimir Putin ins Leben gerufen und gefördert wird. Sehr viel wahrscheinlicher ist, dass das Ge-

genteil geschieht, wie die Erfahrungen der sowjetophilen Minderheiten in den baltischen Staaten anschaulich unter Beweis stellen.

Neben der „sanften“ Macht der EU gibt es zwei Faktoren, die die Hinwendung der Ukraine zum Westen bestimmen. Das russische autoritäre Modell ist wenig attraktiv für all jene sowjetfernen, bürgerlich denkenden und demokratisch ausgerichteten Ukrainer – wie übrigens auch für ähnlich denkende Russen in der Ukraine als auch anderswo. Und alle national denkenden Ukrainer haben immer eine von der russischen Seite ausgehende existenzielle Bedrohung empfunden – resultierend aus der Unfähigkeit des russischen Staates und weiter Teile seiner Gesellschaft, die Eigenständigkeit und Souveränität der Ukraine unmissverständlich anzuerkennen. Heute, da sich diese Bedrohung in einem beispiellosen politischen und wirtschaftlichen Druck manifestiert, in fanatischer antiukrainischer Propaganda und gar einer militärischen Intervention, wird die erträumte „Rückkehr nach Europa“ für viele Ukrainer zu einem Synonym für nationale Unabhängigkeit und ihr persönliches Überleben.

Eine Mehrheit, nicht nur ein Vorsprung für Europa

Zum ersten Mal in der Geschichte der Ukraine ergeben Umfragen eine eindeutige Mehrheit und nicht wie früher nur einen Vorsprung für eine Aufnahme der Ukraine in die EU. Ende März 2014 wollten 52 % der Befragten eine solche Aufnahme (im Januar waren es noch 45 bis 47 %), wohingegen nur 27 % ihre Unterstützung für eine Mitgliedschaft der Ukraine in der von Russland angeführten Zollunion bekundeten (im Vergleich zu 36 % im Januar). Noch augenfälliger ist der Wandel in der ukrainischen Einstellung gegenüber der NATO: Noch im November 2013 unterstützten weniger als 20 % der Befragten eine vorläufige Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO; inzwischen hat sich diese Unterstützung auf 34 % nahezu verdoppelt. Lediglich 40 % der Befragten (statt 65 %) sprechen sich heute noch gegen die NATO aus, und 19 % der Befragten sind unentschieden.¹

.....
1 http://socis.kiev.ua/files/PRESS_Ukraine_Prezent.pptx, S. 28.

Daraus lässt sich nicht schließen, dass die Ukrainer überzogene Erwartungen an die Europäische Union haben und diese aus einem rein merkantilen Blickwinkel betrachten. In einer im September 2013 durchgeführten landesweiten Befragung nannten die Ukrainer weder ihr persönliches noch ein allgemeines Wohlergehen als wichtigste positive Folge einer engeren Anbindung der Ukraine an die EU; am wichtigsten war ihnen die „Bewegungsfreiheit für Staatsbürger der Ukraine in der EU“ (70 % der Befragten), der „Schutz der Menschenrechte und Freiheit“ (57%) und die „Bekämpfung der Korruption“ (49%). Erst an vierter Stelle und von 48 % der Befragten wurde der rein materialistische „Lebensstandard der Bürger“ genannt: ein verlässliches Zeichen dafür, dass ein Großteil, wenn nicht sogar die Mehrheit der Ukrainer von der EU erwartet, dass sie nur die Angelruten liefert, aber nicht den schon für sie fertig zubereiteten Fisch.²

Indirekt wird diese Beobachtung gestützt durch eine frühere Erhebung, die einen signifikanten Unterschied aufzeigte zwischen jenen, die eine Integration der Ukraine in die EU befürworteten (45 %) und denjenigen, die sich davon eine Verbesserung ihrer persönlichen Lage versprachen (37 %).³ Allem Anschein nach hat eine beträchtliche Zahl von Menschen bei einer engeren Anbindung an die EU eher strategische nationale Interessen im Blick als unmittelbare persönliche Vorteile. Diese auffallende Kluft zwischen staatsbürgerlichen und merkantilen Einstellungen (die sich übrigens auch bei jenen Werten ergibt, die auf Selbstverwirklichung und bloßes Überleben abzielen) kann einer weiteren Meinungsumfrage entnommen werden. Dabei sollten die Befragten aus einer Liste drei Punkte auswählen, die ihnen am wichtigsten für das Land und sie persönlich erschienen. Die Rangliste der persönlichen Anliegen wurde angeführt von der „Kontrolle über den Preisanstieg“ (58 %),

.....
2 Public Opinion Survey Residents of Ukraine. International Republican Institute, 27.8.–9.9.2013, S. 15.

3 Viktor Tkachuk: „People First: The latest in the watch on Ukrainian democracy“, 27.12.2011; http://www.kyivpost.com/news/opinion/op_ed/detail/119713/

„Arbeitslosigkeit“ (51 %) und „Sozialer Absicherung von Bedürftigen“ (40 %). Auf der nationalen Liste hingegen wurde nach dem Spitzenreiter „Arbeitslosigkeit“ (55 %) an zweiter Stelle eine „niedrige Produktionskraft der Industrie“ genannt (44 %), ein Punkt, der auf der persönlichen Liste nur bei 23 % der Befragten auftauchte, sowie auf Platz 3 die „Korruption der Staatsorgane“ (42 % im Vergleich zu 25 %).⁴

Eine eindeutige Wahl für Werte

Schon der Begriff „Europäizität“ beinhaltet für viele Ukrainer eine klar umrissene, wenn nicht entscheidende Wertedimension. Gebeten, auf die Frage „Was würden Sie am dringendsten brauchen, um sich als Europäer zu fühlen?“ drei Aussagen auszuwählen, entschieden sich 59 % für die Antwort „ein bestimmtes Maß an materiellem Wohlergehen“. Auf Platz 2 der möglichen Antworten landete das „Gefühl von Rechtssicherheit“ (41 % der Befragten), Platz 3 belegte die „Respektierung der Werte der Demokratie und der Menschenrechte“ (32 %). Die „Möglichkeit visafreier Reisen innerhalb Europas“ nannten 24 % der Befragten, die „Möglichkeit, Autoritäten in freien und fairen Abstimmungen zu wählen“ und das „Gefühl, ein freier Bürger zu sein“ nannten jeweils 15 % der Interviewten. Nur 8 % der Befragten erklärten, ihnen fehle nichts, da die Ukrainer ohnehin Europäer seien, und 10 % der Befragten erklärten, die Ukrainer hätten keinerlei Grund, sich als Europäer zu fühlen.⁵

Diese Auffassungen mögen verdeutlichen, warum die Ukrainer sich als sehr viel weniger „europäisch“ empfinden als die Weißrussen, die noch nie eine EU-Mitgliedschaft angestrebt haben.⁶ Letztere mögen ihre europäische Identität möglicherweise höchst allgemein als Ansammlung sehr lockerer historischer, geografischer und zivili-

4 Public Opinion Survey Residents of Ukraine, a.a.O. (Anm. 2), S. 17 und S. 21.

5 http://razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=895

6 Stephen White, Ian McAllister und Valentina Feklyunina: „Belarus, Ukraine and Russia: East or West?“, *British Journal of Politics and International Relations*, Nr. 12 (2010), S. 351.

satorischer Gemeinsamkeiten betrachten. Erstere neigen dazu, diese in den viel strengeren Kategorien einer (unvollständigen) Zugehörigkeit zu einer bestimmten Wertegemeinschaft zu interpretieren. Die „Euro-Maidan“-Bewegung scheint beträchtlichen Anteil an der Selbstwahrnehmung der Ukrainer als Europäer zu haben. Während sich im Mai 2013 lediglich 34 % der Befragten als Europäer bezeichneten (in unterschiedlicher Ausprägung),⁷ schnellte diese Zahl bis Ende Dezember auf 44 % empor⁸ und bis März 2014 auf 57 %.

Die Wahl der Ukraine scheint ziemlich eindeutig zu sein, und ebenso eindeutig ist die Antwort, die Russland darauf gegeben hat. Wladimir Putin, so argumentiert Jan Techau, Direktor von Carnegie Europe, sieht in der Hinwendung der Ukraine zum Westen eine existenzielle Bedrohung für Russland und ist gewillt, einen sehr hohen politischen und wirtschaftlichen Preis zu zahlen, um ein Abdriften des Landes zu verhindern.⁹ Die einzige Unbekannte in dieser Gleichung ist die mögliche Reaktion der Europäischen Union. Wohl gibt es immer noch einige unvoreingenommene Politiker mit einer besonnenen Vision, die sich Werten verpflichtet fühlen, die über Interessen hinausgehen. Aber sehr viel mehr selbsternannte „Pragmatiker“ haben sich wohl in unterschiedlichem Maß von russischem Geld korrumpieren lassen; sie übertreffen einander in dem Versuch, eher Ausflüchte zu finden als Lösungen zu suchen. Sie alle werden höchstwahrscheinlich die Fehler ihrer leichtgläubigen Vorgänger aus den dreißiger Jahren wiederholen, die versuchten, Diktatoren zu besänftigen, sie aber eher noch ermutigten.

Die Ukrainer mögen auf eine bessere Zukunft hoffen. Aber sie sollten sich auf das Schlimmste einstellen. Am Ende mag es ihnen wie jenem ungarischen Radiojournalisten ergehen, der aus Budapest über den Ungarn-Aufstand 1956 berichtete. Seine letzten Worte waren: „Wir sterben hier für Europa.“

7 http://razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=894

8 <http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/dkokbpkerpkhopk.htm>

9 <http://www.rferl.org/content/putins-ukraine-strategy-crazy-shrewd-a-little-of-both/25285106.html>



Europa in den Augen der anderen

*Auch in den USA bildete sich eine Politische
Union nur langsam und schrittweise.*

CHARLES A. KUPCHAN

Findet die EU neuen Schwung?

VON CHARLES A. KUPCHAN

AUS AMERIKANISCHER PERSPEKTIVE kann man die EU eigentlich nur mit Bewunderung und Zuneigung betrachten. Die Befriedung und Integration Europas nach dem Zweiten Weltkrieg gehören zu den tiefgreifendsten und erfolgreichsten Beispielen eines mit friedlichen Mitteln erreichten geopolitischen Wandels. Ein integriertes und friedliches Europa hat sich als Amerikas weltweit vertrauenswürdigster und leistungsfähigster Partner erwiesen.

Mit guten Gründen fragen sich die Amerikaner aber auch, wie es um die Gesundheit und Vitalität des europäischen Projekts bestellt ist. Die Finanzkrise in der Euro-Zone, der wirtschaftliche Abschwung, den die meisten EU-Länder erfahren, und die Tatsache, dass immer mehr Flüchtlinge nach Europa kommen wollen, stellen für viele europäische Bürger das Projekt der europäischen Integration in einem nie dagewesenen Ausmaß infrage. Just das Projekt also, das ihnen Frieden und Wohlstand gebracht hat und das Europa zu Amerikas wichtigstem Ansprechpartner in der Welt gemacht hat. Wohl scheint der Höhepunkt der Euro-Krise vorbei zu sein. Aber wann – oder ob – die EU wieder an Legitimität und an Dynamik gewinnt, das steht noch in den Sternen.

In der amerikanischen Geschichte war Europa für die Vereinigten Staaten lange Zeit die Antithese. Die Gründerväter wandten sich entschieden gegen jegliche amerikanische Verstrickung in europä-

ische Angelegenheiten. Sie wollten Europas soziale Hierarchien ebenso hinter sich lassen wie die Logik des Gleichgewichts der Mächte, die dafür sorgte, dass Europa lange von geopolitischen Rivalitäten und Krieg bestimmt war.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Europa hingegen einen Weg eingeschlagen, der zu einer transatlantischen Annäherung geführt hat. Beiderseits des Atlantiks existieren jetzt demokratische Gesellschaften mit Mittelschichten, die trotz wachsender Ungleichheit die sozio-ökonomischen Ordnungen bestimmen. Die europäische Integration hat die Machtrivalitäten in West- und Zentraleuropa beendet. Europa und die Vereinigten Staaten sind heute die wesentlichen Mächte, die für liberale Werte und offene, demokratische Systeme stehen und sich für die Entstehung oder Errichtung einer auf Regeln basierten Ordnung einsetzen, in der eine internationale Zusammenarbeit Vorrang hat vor Rivalitäten. Trotz erheblicher Unstimmigkeiten, sei es beim Irak-Krieg oder der Spionage durch die National Security Agency (NSA), bleiben Europa und die USA füreinander Wunschpartner.

Ein Europa der Populisten?

In jüngster Zeit verspürt die EU allerdings politischen Gegenwind. Sicherlich sind Europas Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien weiterhin proeuropäisch eingestellt, und sie werden quer durch die EU weiter an der Macht bleiben. Aber sie verlieren Stimmen an links- und rechtspopulistische Parteien, die der Europäischen Union weit weniger zugetan sind. In Frankreich zum Beispiel verbucht der Front National bemerkenswerte Wahlerfolge.

Es ist besorgniserregend – und das ist noch untertrieben –, wenn die Chefin des Front National, Marine Le Pen, die EU als „europäische Sowjetunion“ bezeichnet. Parteien wie der Front National in Frankreich, die Freiheitspartei in den Niederlanden oder deren ideologische „Geschwister“ in anderen EU-Mitgliedstaaten sind auf dem Vormarsch, weil sie ihre (oft nur vordergründige) Europaskepsis mit Fremdenhass und einer Ablehnung von Einwanderung nach Europa verbinden.

Dies spiegelt sich auch in Meinungsumfragen wider. Mit den Deutschen als einziger Ausnahme sehen europäische Bürger die Vorzüge wirtschaftlicher Integration und des Souveränitätstransfers nach Brüssel tatsächlich immer kritischer. Laut einer Pew-Umfrage von 2013 sind „positive Sichtweisen der EU in den meisten EU-Staaten auf oder nahe ihrem Tiefpunkt angelangt, sogar unter den jungen Bürgern, den Hoffnungsträgern für die Zukunft der EU“. In Großbritannien ist die Europaskepsis sogar derart gewachsen, dass die zukünftige EU-Mitgliedschaft des Landes nun infrage steht.

Zwischen dem Projekt der europäischen Einheit und der europäischen „Straße“ tut sich ein gefährlicher Abstand auf. Diese Kluft steht der notwendigen tieferen Integration zur Vervollständigung der Währungsunion entgegen. Sie steht auch einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Weg – was Washington vor dem Hintergrund amerikanischer Haushaltseinsparungen und der Hoffnungen auf eine ausgeglichene geopolitische Lastenverteilung quer über den Atlantik besondere Sorge bereitet.

Russlands Annexion der Krim könnte ein Weckruf für Europas Wähler sein. Die Ereignisse in der Ukraine könnten helfen, den befriedenden Einfluss der EU deutlicher aufzuzeigen und die europäische Öffentlichkeit daran zu erinnern, dass es die Integration Europas war, die es ermöglichte, eine wesentlich dunklere Vergangenheit hinter sich zu lassen. Die Ukrainer gingen auf die Straße und stürzten ihre Regierung nicht zuletzt, weil sie ihr Land mit der EU verbunden sehen wollten – ein faszinierendes Beispiel für die magische Anziehungskraft der EU. Außerdem zeigt die Ukraine-Krise, dass auch EU-Bürger in einer immer noch gefährlichen Welt leben – die nationale Verteidigungsanstrengungen ebenso erfordert wie eine mutigere Politik des „Pooling“ von Souveränität für eine gemeinsame Verteidigungspolitik.

Sollte es nicht zu einem weiteren aggressiven Vorgehen Russlands kommen, dann könnte die EU wieder in ihren alten Trott verfallen. Das wäre besorgniserregend und würde der weiteren Ausbreitung populistischer und antieuropäischer Stimmungen Tür und Tor öffnen. Deshalb sollten Europas Führungspersonlichkeiten die

Ukraine-Krise nutzen, um den Populisten die Meinungsführerschaft streitig zu machen und daran zu arbeiten, dem europäischen Projekt neue Legitimität zu verleihen.

Langzeitprojekt Politische Union

Historisch betrachtet ist es wenig überraschend, dass eine Union sechs Jahrzehnte nach ihrer Gründung eine Phase großer Schwierigkeiten durchläuft. Politische Unionen bilden sich nur langsam und schrittweise. Die Vereinigten Staaten erlebten zum Beispiel sieben Jahrzehnte wachsenden Wohlstands und relativer politischer Stabilität, bevor ein Bürgerkrieg ausbrach, der eine halbe Million Menschen das Leben kostete. Erst nach dem Bürgerkrieg führten die USA eine einheitliche Währung ein, und erst im 20. Jahrhundert bildeten sich ein starker föderaler Charakter und eine robuste nationale Identität heraus, die stärker waren als die Verbundenheit zum jeweiligen Bundesstaat. Wirtschaftliche und politische Vereinigungsprozesse in Deutschland oder der Schweiz verliefen ähnlich langwierig und schwierig.

Ein Blick in die Geschichte legt wohl nahe, dass die aktuellen Schwierigkeiten der EU keine ganz große Besonderheit sind. Anlass für Selbstzufriedenheit ist dies jedoch nicht. Europas Integrationsprojekt hat längst nicht den Punkt erreicht, an dem es irreversibel wäre. Ganz im Gegenteil ist noch gar nicht ausgemacht, welche Entwicklung es nehmen kann oder wird. Die EU könnte aus der Staatsschuldenkrise und den damit verbundenen politischen Rückschlägen gestärkt und geeinter hervorgehen, ausgestattet mit den Finanz- und fiskalen Institutionen, die benötigt werden, um die Euro-Zone zu voller wirtschaftlicher Gesundheit zu führen. Eine tiefere Integration könnte auf andere Bereiche wie die Außen- und Sicherheitspolitik übergreifen und der EU somit die Möglichkeit geben, ihrer Stimme auf der Weltbühne mehr Gehör zu verschaffen. Aber genauso möglich ist es, dass das europäische Integrationsprojekt seinen Höhepunkt schon überschritten hat, und dass es in den kommenden Jahren zu einem schleichenden Rückbau kommt.

Viel steht auf dem Spiel – für die Europäer, aber auch für die Amerikaner. Die Wiederherstellung finanzieller Stabilität und wirtschaftlichen Wachstums innerhalb der Euro-Zone hätte positive Folgen weit über Europa hinaus. Die EU ist der größte Binnenmarkt der Welt; seine ökonomische Gesundung würde die Weltwirtschaft insgesamt ankurbeln. Außerdem wird eine stabile und prosperierende Union gebraucht, um einem internationalen System, das vor einer Phase historischen Wandels steht, Halt zu geben. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg tragen die industrialisierten Demokratien der Welt weniger als die Hälfte zum globalen BIP bei. Das Bruttoinlandsprodukt Chinas wird wohl das der Vereinigten Staaten in etwa 15 Jahren erstmals übertreffen. Uns steht also ein Wandel in der globalen Machtverteilung bevor.

Eine EU, die schwach und nach innen gerichtet ist, wird nicht in der Lage sein, ihren Part bei der Bewerkstelligung dieses historischen Wandels zu leisten. Nur eine EU, die ihre anhaltenden finanziellen und wirtschaftlichen Probleme überwindet, wird es vermögen, global als politische Einheit aufzutreten und ihre Macht und ihren Gestaltungswillen über ihre unmittelbare Nachbarschaft hinaus zu projizieren. Der Ausgangspunkt, um genau den „potenteren“ Partner zu schaffen, den sich die Vereinigten Staaten erhoffen, ist klar: Es bedarf finanzieller Stabilität, Wirtschaftswachstums und einer erneuerten Legitimation des europäischen Integrationsprojekts.

Das fehlende Gleichgewicht

VON FJODOR LUKJANOW

IN GUT EINEM Jahr, am 1. August 2015, jährt sich die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki zum 40. Mal. Vorgesehen war wohl, das Jubiläum in großem Rahmen zu feiern – verband man in der Vergangenheit doch den „Helsinki-Prozess“ eng mit der Idee des „gemeinsamen Haus Europa“. Michail Gorbatschow hatte diese Wendung in seiner berühmten Rede vor dem Europarat vor 25 Jahren das erste Mal gebraucht. Danach überstürzten sich die Ereignisse in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit: Der Eiserner Vorhang fiel. Die Sowjetunion verschwand. Die Welt wurde wirklich global. Eine neue Phase der europäischen Integration – eine der Erweiterung und Vertiefung – begann. Die NATO dehnte sich gen Osten aus. Ein Europa ohne Trennungslinien schien Realität zu werden.

Nun ist es gut möglich, dass die Feierlichkeiten abgesagt werden. Die Ukraine-Krise hat Europa gespalten. Es erscheint nun schon seltsam, von dem „einen“ Kontinent zu sprechen. Der „Geist von Helsinki“ und das Streben nach gegenseitiger Verständigung sind verfliegen. Der Eiserner Vorhang wurde durch eine „rote Linie“ ersetzt, die Russland als Umgrenzung seiner lebenswichtigen Interessen, die EU und die USA jedoch als Produkt russischer imperialer Ambitionen betrachten. Und das Wichtigste: Die Bedeutung des Helsinki-Prozesses lag darin, das Gebot der Unverletzlichkeit der

existierenden Grenzen in Europa festzuschreiben, die mit dem Kalten Krieg entstanden waren. Nach Helsinki hielten diese Grenzen 15 Jahre lang, aber sie wurden immer wieder, wenn auch auf verschiedene Weise, revidiert.

Mancherorts wurden Grenzen in gegenseitigem Einvernehmen geändert, wie bei der Aufspaltung der Tschechoslowakei; in Jugoslawien lösten sie sich unter der Gewalt des Bürgerkriegs auf. In der Sowjetunion wurden sie durch die Dynamik der Umstände geändert und mussten ganz einfach korrigiert werden. Im Kosovo, in Südossetien und in Abchasien wurden Grenzen durch die Entscheidung einer stärkeren externen Konfliktpartei neu gezogen.

Jedenfalls wurden Grenzen nicht mehr als etwas Endgültiges und Heiliges betrachtet. Nach Ende des Kalten Krieges gewöhnte sich jeder an die Möglichkeit, dass sie sich ändern könnten. Die Vorstellung schreckte die Menschen nicht mehr so sehr ab wie noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als die Erinnerung an die beiden Weltkriege wie ein Warnsignal wirkte: An allem, nur nicht an den Grenzen rühren! Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Idee der europäischen Integration doch darin bestand, Grenzen auszuradieren und einen gemeinsamen Raum zu schaffen, in dem Grenzen lediglich symbolischen Wert hatten.

Der „Geist von Helsinki“ ist erloschen

Warum bewirkte die Veränderung der ukrainischen Grenzen einen derartigen Schock? Weil die Europäer geglaubt hatten, dass es nur ihnen zustehe, so etwas umzusetzen. Anders gesagt: Dass also eine Revision der europäischen und globalen Ordnung, die nach dem Ende des Kalten Krieges galt, unter westlicher Kontrolle stehe und dazu niemand anderes auf eigene Faust in der Lage sei.

Was ist schiefe gängen? Warum haben wir anstatt eines grenzenlosen Europas eines mit einer neuen roten Linie, die sich gerade gen Osten bewegt hat? Und warum ist der „Geist von Helsinki“ erloschen?

Paradoxerweise hing der Erfolg des Helsinki-Prozesses eng mit der Spaltung Europas zusammen. Wir sprechen oft vom Kalten

Krieg und davon, dass er nun zurück sei. Doch das ist unmöglich. Der Kalte Krieg war eine einzigartige Periode in der Menschheitsgeschichte, in der das internationale System unter maximaler Kontrolle stand. Das Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten, basierend auf gegenseitiger atomarer Abschreckung, sicherte Stabilität – etwas, das zuvor nicht existierte und auch in Zukunft nicht existieren wird. Sowohl vor Beginn als auch nach Ende des Kalten Krieges befand sich die Welt in einem recht chaotischen Zustand.

Die Staaten versuchten allenfalls, ihre Interessen zu harmonisieren, wie zu Zeiten des „europäischen Konzerts“ der Großmächte im 19. Jahrhundert. Damals tat zwar niemand so, als ob es keine Konflikte gebe, jedoch existierten Lösungsmechanismen in Form von hoher Diplomatie und Friedenskonferenzen, durch die Staaten ihre Interessenssphären spezifizieren konnten.

Die Schlussakte von Helsinki wurde einzig unterzeichnet, weil damals in Europa und der Welt ein Gleichgewicht herrschte. Das Ende des Kalten Krieges und das Verschwinden eines der beiden Pole der bipolaren Welt zerstörten das Gleichgewicht der globalen und europäischen Ordnung. Die Utopie von einem „Ende der Geschichte“, also einer Welt und eines Europas ohne Trennungslinien, basierte auf der Annahme, dass der Gewinner der militärisch-politischen und ideologischen Konfrontation seine politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen auf andere würde übertragen können. Doch das stellte sich als unmöglich heraus – sowohl global, wo selbst die Vereinigten Staaten an dieser Bürde gescheitert sind, als auch auf europäischer Ebene, wo die Europäische Union sich bei ihrem Expansionsdrang übernommen hat.

Im Allgemeinen gilt für Europa, dass es in der globalisierten Welt verloren ist. Die Parole am Ende des vergangenen Jahrhunderts war sehr einfach zu verstehen: Im allumfassenden, totalen Wettbewerb spielen europäische Länder als Einzelne keine global bedeutsame Rolle mehr, nicht einmal große Länder wie Deutschland oder Frankreich. Nur mit einer Bündelung der Kräfte und Anstrengungen vermag es Europa, auf einer Stufe mit den Giganten des 21. Jahrhunderts zu stehen – mit den USA, China, möglicherweise Indien und,

im politischen Sinne, Russland. Das ist logisch. Und umso entmutigender ist das Resultat.

Das Gewicht eines vereinten Europas in der Welt ist deutlich kleiner als das der Summe seiner Mitglieder. Und nicht nur das: Auch die individuellen Potenziale seiner wichtigsten Mitgliedstaaten wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind in den vergangenen 20 Jahren geschrumpft. Europäische Hauptstädte wie Rom oder Madrid haben schlicht jegliche politische Relevanz verloren. Paris erlebt praktisch eine Katastrophe – es fällt schwer, sich an eine Zeit zu erinnern, zu der Frankreich derart bedeutungslos auf der internationalen, ja sogar auf der europäischen Bühne agierte. London hält sich noch, dank seines Status als machtvolleres Finanzzentrum – darüber hinaus ist es Hauptstadt des Landes, das seine strategische Vision und seinen Einfluss verliert.

Zurück in's transatlantische Schneckenhaus?

All diese Entwicklungen machen Berlin zum unangefochtenen Zentrum Europas. Deutschland kann sich nicht länger seiner Verantwortung entziehen. Tatsächlich ist es lange her, seit Deutschland Verantwortung übernommen hat – es bedurfte ja der gesamten zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, um Deutschland von seinen Ambitionen zu heilen.

Doch immer, wenn Deutschland versucht, die Rolle einer Führungsnation zu übernehmen, macht es sich prompt allen Seiten verdächtig; vor allem, weil es aus objektiver Sicht kein Gegengewicht für Deutschland gibt. Besonders Frankreich wird in dieser Hinsicht seiner klassischen Verantwortung nicht gerecht.

Ein inneres Gleichgewicht existiert also nicht in einem Europa, in dem ein großer Teil der Länder in einer tiefen sozioökonomischen oder politischen Krise steckt, während andere Staaten (zum Beispiel Polen) in der kontinentalen Hierarchie aufsteigen wollen.

Diese Verwirrung geht einher mit vertrackten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, der gewohnten Schutzmacht. Die Vorstellung, Amerika herauszufordern, der sich Europa vor zehn, 15 Jahren

hingegen hat, ist passé. Die alte Welt ist bereit, sich wieder unter die schützende Hand der USA zu begeben, primär in Form der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die derzeit verhandelt wird.

Wie unangenehm, dass gleichzeitig offensichtlich zu werden scheint, wie die USA Europa in Wirklichkeit betrachten: Mal deckt Edward Snowden die totale Überwachung des Kontinents durch die NSA auf, mal bedenkt die für Europa zuständige Staatssekretärin im amerikanischen Außenministerium, Victoria Nuland, die Außenpolitik der Europäischen Union mit einer obszönen Bemerkung – was deshalb besonders traurig war, weil sie nicht ganz unberechtigt ist: Die Europäische Union gibt auf internationalem Parkett kein gutes Bild ab.

Eine weitere Herausforderung der Globalisierung resultiert aus einer wachsenden Vielfalt der Gesellschaft. Dies betrifft das gesamte ideologische Spektrum, wirkt sich jedoch in entgegengesetzten Richtungen aus. Die alte Welt hat in den vergangenen 20 Jahren ein weitaus liberaleres Demokratieverständnis entwickelt, dessen Hauptmerkmale ein sensibler Umgang mit Minderheiten und ein ausgesprochen säkularer Staat sind. Dies liegt in erster Linie an der wachsenden Zahl von Migranten, vor allem Muslimen, die sich in Europa niederlassen. Der Wunsch, Ausländer reibungslos in europäische Gesellschaften zu integrieren, nimmt bewusst eine Abschwächung und Erosion von Werten zugunsten einer größeren Flexibilität des Gesellschaftsmodells in Kauf.

Versuche, dies als ein universelles und verpflichtendes Modell zu präsentieren, treffen jedoch nicht nur bei nichteuropäischen Gesprächspartnern auf mangelndes Verständnis, sondern nähren auch Gegenbewegungen in Europas eigenen Gesellschaften und einen wachsenden Hang zur Abschottung. Integrationsgegner sowie die extreme Rechte verschiedenster Färbung mobilisieren für die anstehenden Europawahlen. Am anderen Ende des politischen Spektrums bündelt die extreme Linke ihre Kräfte.

Die Ukraine-Krise jedoch scheint nun alles geradezurücken und das überkommene Weltbild wiederherzustellen. Alte Instinkte sind

sofort wieder da. Dass der altgewohnte Feind nun wieder auftaucht, hat der NATO neues Leben eingehaucht und den transatlantischen Beziehungen wieder jene gemeinsame Basis gegeben, nach der man in den vergangenen 20 Jahren erfolglos gesucht hat.

Nun ist man erneut durch dieselbe Bedrohung vereint. Europa sieht sich moralisch im Aufwind, als freiheitsliebende Föderation, die sich gegen ein imperiales Monster verteidigt. Doch das ist eine Illusion. Ja, Europa kann sich wieder in sein transatlantisches Schneckenhaus verkriechen, in dem es vor 40 Jahren so gemütlich war – zumal es sich seitdem deutlich ausgedehnt hat. Unterm Strich hat der Westen deutlich dazugewonnen. Im Grunde genommen verblasst Russlands Angliederung der Krim gegenüber der drastischen Verringerung der Einflussphäre Moskaus. Aber das Nullsummenspiel, das beide Blöcke bis in die späten achtziger Jahre spielten, existiert in Wahrheit nicht mehr.

Keine Annäherung allein auf Basis der EU-Normen

Es stimmt, dass Russland und der Westen weder ihr gegenseitiges Misstrauen überwunden noch aufgehört haben, miteinander zu konkurrieren. Auch haben sie es nicht vermocht, einen Ausgleich der Interessen zu schaffen, der geholfen hätte, stabile Beziehungen aufzubauen: zunächst, weil Russland sehr schwach und abhängig war; später dann, weil sich jeder bereits an diesen Status Russlands gewöhnt hatte und es nicht für nötig befand, Russland Zugeständnisse zu machen.

Tatsächlich hat die EU ihren Ansatz nie revidiert, demzufolge Annäherung einzig auf der Basis von EU-Normen erfolgen kann, die nicht zur Diskussion stehen. Zur Diskussion steht einzig, wie bald Partner diese akzeptieren würden. Als dann Moskau begann, sich trotzig zu verhalten und Reziprozität zu verlangen, sträubte sich Europa schon aus Prinzip. Es gibt beispielsweise keine andere Erklärung für die end- und ergebnislosen Gespräche über eine Visafreiheit bei Kurzaufenthalten, was auf beiden Seiten vieles erleichtern und zu gegenseitiger Annäherung beitragen würde. Die EU jedoch

hat Reisefreiheit nach Europa stets als Belohnung für Drittländer betrachtet, was äußerst arrogant erscheint.

Doch all das bedeutet nicht, dass die Welt der Blockkonfrontation des 20. Jahrhunderts zurückkehren kann. Im vergangenen Jahrhundert bildeten die Ost-West-Beziehungen den Kern der Weltpolitik. An ihnen hing alles andere. Heute wiederum sind sie nur ein Teil eines Ganzen, und bei weitem nicht der wichtigste. Eine Konfrontation mit Russland wegen der Ukraine oder aus anderen Gründen wird Europa und den USA nicht bei der Lösung ihrer Probleme im Nahen und Mittleren Osten oder in Ost- und Südasiens helfen. Im Gegenteil: Russlands Ausrichtung gen Osten wird viele zusätzliche Schwierigkeiten schaffen. Dies wird in jedem Fall passieren, denn im 21. Jahrhundert kann es sich ein Land, das an den Pazifik grenzt, schlicht und einfach nicht leisten, dort keine aktive und gut durchdachte Politik zu verfolgen. Westlicher Druck auf Russland wird diesen Prozess nur beschleunigen.

In jedem Fall ist ein Nullsummenspiel im globalen Maßstab nicht mehr möglich. Dafür gibt es mittlerweile zu viele Mitspieler. Auch kann es keinen vom Rest der Welt separierten Spielplatz in Europa geben, weil europäische Politik heutzutage ein nach außen offenes System ist.

Zum 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki blicken wir also auf eine kuriose Entwicklung zurück. In seinen ersten 20 Jahren schien der Helsinki-Prozess sehr erfolgreich zu sein. Später jedoch wurde er zum Schatten seiner selbst. Und nun ist er an einem Punkt angelangt, der der Ausgangssituation verblüffend ähnelt – nur dass heute das Gleichgewicht fehlt.

Enttäuschte Hoffnungen

VON SENEM AYDIN-DÜZGİT

IN DER GESCHICHTE der Türkischen Republik ist die EU lange von einer großen Mehrheit der türkischen Öffentlichkeit und der politischen Elite als positive Kraft gesehen worden. Die vertraglichen Beziehungen der Türkei mit der EU reichen bis 1959 zurück, als sich das Land für eine EU-Mitgliedschaft bewarb; dieser Prozess dauert in einem ständigen Auf und Ab bis heute an. Derzeit ist die Türkei offizieller Beitrittskandidat in Verhandlungen.

Europa und die Ausrichtung nach Westen waren die ultimativen Ziele in der Gründungsideologie der Republik; sie blieben es über Jahrzehnte hinweg. Das goldene Zeitalter der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU war ohne Zweifel die Zeit zwischen Dezember 1999, als die Türkei offiziell den Status eines Kandidaten im Rahmen der EU-Erweiterungspolitik erhielt, und Oktober 2005, als die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnete. In diesem Zeitraum unternahm die Türkei eine Vielzahl politischer Reformen, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Damit festigte sie auch ihre Demokratie. In dieser Zeit nahm man die EU als „normativen Akteur“ wahr, der die türkische Politik und Gesellschaft durch eine Politik der Konditionalität transformierte. Mit der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei veränderte sich dann auch das Bild der Europäischen Union. Man war nicht mehr überzeugt, dass sie tatsächlich eine Kraft zum Guten sei.

Diese Tendenzen spiegeln sich auch in Meinungsumfragen zur EU wider. Die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft war nach dem Helsinki-Gipfel deutlich von 62 % (im Jahr 1998) auf 74 % (1999) und auf 75 % (2001) gestiegen. Bis zur zweiten Hälfte 2005, dem Beginn der Beitrittsverhandlungen, blieb die Zustimmung für einen Beitritt zur EU bemerkenswert hoch. In der ersten Hälfte des Jahres 2011 war die Zustimmung auf 41 % gefallen.¹ Daten aus verschiedenen Quellen bestätigen diesen Trend. Laut World Values Survey liegt der durchschnittliche „Misstrauensindikator“ in der EU bei den befragten Ländern bei -8 %; in der Türkei liegt er bei einem fast fünf Mal so hohen Wert von -37 %.²

Will Europa die Türkei?

Diese Wahrnehmungsverschiebung ist nicht über Nacht passiert. Viele Faktoren haben dazu beigetragen, der wichtigste war die Überzeugung, dass die EU die Türkei nicht gerecht behandle und ihre Haltung zu einer endgültigen türkischen EU-Mitgliedschaft undurchschaubar bliebe. Diese Wahrnehmung wurde durch einige der Debatten, die in Europa geführt wurden, aber auch durch eine unklare Strategie der EU verstärkt. Selbst als die Beitrittsverhandlungen gerade begonnen hatten, stellten wichtige Politiker in Frankreich und Deutschland eine türkische Mitgliedschaft in Frage. Der EU, hieß es, fehle die nötige „Aufnahmekapazität“, um die Türkei als Vollmitglied zu integrieren, weshalb man über die Schaffung einer privilegierten Partnerschaft nachdenke. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU-Erweiterungen wurden der Türkei permanente Ausnahmeregelungen zum Acquis der EU in den Bereichen Strukturpolitik, Agrarpolitik und freier Personenverkehr angeboten sowie

.....
1 Vgl. Europäische Kommission: Candidate Countries Eurobarometer 2001; Europäische Kommission: Eurobarometer 75, Public Opinion in the EU, Brüssel 2011.

2 Emre Erdoğan: Türkiye'nin Yalnızlığı. Karşılaştırmalı Kamuoyu Araştırmalarının Özet Değerlendirmesi, in: Yalnız ve Endişeli Ülke: Türkiye, Open Society Institute Report, Istanbul 2013.

die Vorbereitung auf eine „privilegierte Partnerschaft“ im Falle eines Scheiterns der Beitrittsverhandlungen. Das prinzipielle Infragestellen einer türkischen Mitgliedschaft setzte sich selbst nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen fort. Dabei wurde vor allem auf die Differenzen in Kultur und Identität des Landes hingewiesen, die mit der EU nicht kompatibel seien.

Dass die Sympathien der Türken für die EU gelitten haben, liegt an den Rückschlägen in den Beitrittsgesprächen, die nur sehr langsam vorankamen. Bis Januar 2014 waren nur 14 von 35 Kapiteln geöffnet und nur ein Kapitel (Wissenschaft und Forschung) vorläufig geschlossen. Frankreich legte gegen die Öffnung von vier Kapiteln ein Veto ein, da diese zu eng mit der Aussicht auf eine Vollmitgliedschaft verbunden seien – für die Paris nach der Wahl von Nicolas Sarkozy zum Staatspräsidenten keine großen Sympathien aufbrachte. Seit dem EU-Beitritt Zyperns im Jahr 2004 werden die Gespräche zudem stärker mit einer Lösung für die geteilte Insel verflochten. Sollte diese nicht gefunden werden, könnten sie vollends zum Stillstand kommen. Zypern legte ein Veto gegen die Öffnung von sechs Verhandlungskapiteln ein. Da die Türkei das Protokoll zur Änderung des Abkommens über eine Zollunion nicht implementierte, das griechischen Flugzeugen und Schiffen unter zypriotischer Flagge erlauben würde, den Zugang zu türkischen Flug- und Seehäfen zu gewähren, entschied die EU im Dezember 2006, die Öffnung weiterer acht Kapitel des Acquis auszusetzen und keine der Kapitel vorläufig zu schließen, bis die Türkei ihren Verpflichtungen nachgekommen sei. Derzeit kann nur noch über drei weitere Kapitel verhandelt werden.

Will die Türkei noch die Europäische Union?

Das Stocken der Verhandlungen ist aber nicht der einzige Grund für den Ansehensverlust der EU in der Türkei. Das wachsende Selbstbewusstsein der Türkei als außenpolitischer Akteur, eine boomende türkische Wirtschaft, die Euro-Krise und die damit verbundenen existenziellen Probleme für die Zukunft der EU sowie die

Auffassung, dass die Türkei für ihr Wachstum nicht die EU brauche, haben ebenfalls zu der Haltung beigetragen, dass die Türkei nicht mehr so dringend auf die EU angewiesen sei. Einer Studie zufolge erklären 63 % der „EU-Skeptiker“ ihre schwindenden Sympathien für die EU mit einem generell nachlassenden Enthusiasmus in der Türkei. 30 % erklären das Schwinden ihrer Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft damit, dass die türkische Wirtschaft erfreulich gewachsen sei und dass Ankara nun wesentlich mehr außenpolitische Optionen zur Verfügung stünden. Die Türkei sei heute weniger abhängig von der EU und die materiellen und strategischen Vorteile einer Mitgliedschaft seien wesentlich weniger klar ersichtlich als noch vor wenigen Jahren.³ Dass die EU ein wichtiger globaler und effizienter Akteur sei, wird in der Türkei gerade im Hinblick auf die östliche und südliche Nachbarschaft immer deutlicher in Frage gestellt.

Dennoch mag es Grund zur Hoffnung auf eine Wiederbelebung des Beitrittsprozesses und auf eine Rettung des Modells „Integration in die EU“ geben. So wurde jüngst im Gegenzug für eine Liberalisierung der Visabestimmung ein Rückübernahmeabkommen unterzeichnet. Da das Schwinden der „EU-Begeisterung“ hauptsächlich der Wahrnehmung geschuldet ist, die Türkei werde diskriminiert, sind solche Abkommen in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. Die Wiederbelebung der von den Vereinten Nationen geleiteten Verhandlungen in Zypern Anfang dieses Jahres lassen auch auf eine Lösung des Konflikts hoffen, was wiederum die Beitrittsaussichten der Türkei verbessern könnte. Vor allem ist aber wichtig, dass politische Akteure auf beiden Seiten einen Diskurs in der Öffentlichkeit zum Thema EU und Türkei aufnehmen, der von einem stärkeren Engagement geprägt ist und einen weiteren Horizont bietet. Nur dann kann eine „europäische Berufung“ wieder zur attraktiven Option für die Türkei werden.

3 Alexander Bürgin: Disappointment or New Strength: Exploring the Declining EU Support among Turkish Students, Academics and Party Members, *Turkish Studies* 4/2012, S. 565–580.

Europas Gaben, Europas Bürden

VON MEERA SHANKAR

WENN ICH DIESER Tage mit europäischen Freunden spreche, bin ich erstaunt und berührt, wie ungewiss für sie die Zukunft Europas zu sein scheint. Die 2008 in den USA begonnene Finanz- und Wirtschaftskrise hatte weltweite Auswirkungen. Sie warf einen dunklen Schatten auf Europa, einen Schatten, aus dem einige europäische Länder noch nicht wieder hervorgetreten sind. Zwar ist der Tiefpunkt der europäischen Schuldenkrise überwunden. Den schwierigeren Teil aber gilt es noch zu bestehen, nämlich negativen Wirtschaftsdaten und hoher Arbeitslosigkeit in einigen Ländern zum Trotz wieder Selbstbewusstsein zu gewinnen und eine Dynamik für Wachstum zu schaffen. Das stellt uns vor die Frage nach der Gültigkeit und Relevanz des europäischen Projekts in der Welt von heute.

Aus indischer Perspektive ist die Angst um Europa nicht angebracht. Es ist Europa außerordentlich gut gelungen, den Kontinent nach zwei blutigen Weltkriegen wieder zusammenzuführen. Entstanden ist eine Gemeinschaft, in der das Ganze größer war als die Summe seiner Einzelteile und in der Nationalismen in einem supranationalen Rahmen verankert und eingehegt werden konnten. Von anfänglich nur sechs Mitgliedern hat Europa den langen Weg bis zu einer EU mit 28 Mitgliedern zurückgelegt, die heute der weltweit größte Wirtschaftsverbund ist. In Indien, dem Subkontinent mit mehr als einer Milliarde Menschen und einer äußerst vielseitigen

Demokratie, kann man sehr gut verstehen, wie schwierig und komplex dieser Prozess war. Eine Vielfalt von Sprachen, Religionen und Ethnien in eine Gesellschaft zu integrieren und dieser Vielfalt dennoch Raum zur Entfaltung zu lassen, war eine der schwierigsten Herausforderungen. Man darf wohl behaupten, dass Indien sie mit beträchtlichem Erfolg gemeistert hat.

Hoffnung auf mehr Integration

Inspiziert vom europäischen Vorbild gab es in Südasien seit 1985 Versuche, eine regionale Kooperation auszuweiten – allerdings nur mit begrenztem Erfolg. Die Integration in Westeuropa wurde von dem Willen vorangetrieben, weitere Kriege in Europa zu verhindern, und sie wurde geformt vom Entstehen eines neuen Gegners im Kalten Krieg und der Notwendigkeit einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur. Die Ausgangslage in Südasien war eine ganz andere: Nach der Teilung des gerade unabhängig gewordenen Subkontinents wurden die politischen, geografischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen geradezu mit Bedacht unterbrochen. Diese Bindungen wieder neu herzustellen oder zu stärken und tief verwurzelte Rivalitäten zu überwinden, wird Geduld, Beharrlichkeit und einiges an politischer Vorstellungskraft benötigen. Das europäische Beispiel mag dabei Hoffnung machen.

Natürlich hat die Wirtschaftskrise auch die Verletzlichkeit Europas offenbart, die mit der tiefgreifenden finanziellen und wirtschaftlichen Integration noch lange nicht überwunden ist. Die EU hat zwar eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik. Nicht zuletzt deshalb war ihre Antwort auf die Krise zunächst nur zögerlich. Länder mit hohem Schuldenstand forderten finanzielle Unterstützung (Bail-outs), während Länder mit gesünderen Ökonomien sich schwer damit taten, solange sie glaubten, sich nicht auf ein künftig verantwortungsvolleres Wirtschaften in den Schuldnerstaaten verlassen zu können. Nicht wenige Pessimisten meinten, die Euro-Zone würde die Krise ohne den Ausstieg einiger Länder aus der gemeinsamen Währung nicht über-

leben. Die europäische Führung hat jedoch gezeigt, dass dem nicht so ist. Es wurden einschneidende Schritte unternommen, um den in Schwierigkeiten geratenen Ländern im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu helfen und die Großbanken im Rahmen eines einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus stärker zu überwachen. Das kürzlich ausgehandelte Abkommen über einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus, der festlegt, wie das Problem in Schieflage geratener Banken behandelt werden soll, bringt diesen Prozess weiter voran.

Seit dem Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2007 hat sich politischer Fortschritt auch im Bereich einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bemerkbar gemacht. Der Posten des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik füllt das Vakuum, auf das Henry Kissinger sich bezog, als er fragte, wen er anrufen sollte, wenn er mit Europa sprechen wolle. Ein Europäischer Auswärtiger Dienst wurde ebenfalls etabliert. Das Europäische Parlament hat noch keine feste Rolle oder ein klar definiertes legislatives Mandat. Die Balance zwischen nationaler Souveränität und einer gemeinsamen europäischen Politik muss noch austariert werden. Dies hat allzu oft Bürokratisierung und übermäßige Verzögerungen im Entscheidungsprozess zur Folge. Aber wenn es gelingt, die politische Integration fortzusetzen, zu intensivieren und ein Gleichgewicht zwischen den souveränen Mitgliedstaaten und der europäischen Ebene zu schaffen, wird Europa hoffentlich weniger komplizierte Entscheidungswege etablieren und sich auch vom Vorwurf ewiger Bürokratisierungs- und Regulierungswut befreien können.

Die Erfahrung des Kolonialismus

Europa ist das Erbe einer großen Zivilisation, deren wissenschaftliche und technologische Fortschritte der modernen Welt zugrunde liegen. Die Werte der Demokratie, des Säkularismus sowie der individuellen Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, die Europa verkörpert, finden weltweit immer größere Resonanz. Diese Werte sind auch fester Bestandteil der indischen Gesellschaft und Politik: In den ver-

gangenen Jahren wurden die Teilhabemöglichkeiten indischer Bürger ausgeweitet und marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen mehr Gehör und mehr Möglichkeiten verschafft, sich an demokratischen politischen Prozessen zu beteiligen. Man sieht es in Indien aber dennoch mit Unbehagen, wenn diese Werte um geopolitischer oder wirtschaftlicher Vorteile willen mit Gewalt durchgesetzt werden sollen. Die Interventionen, die in Nordafrika und dem Mittleren Osten einen Regimewechsel einleiteten, haben eine volatile Region weiter destabilisiert und die Ausbreitung terroristischer und extremistischer Gruppen noch gefördert. Notwendig wäre eine Politik größerer Vorsicht und Zurückhaltung.

Vielleicht liegt die Skepsis Indiens in seiner eigenen historischen Erfahrung mit einer fast zwei Jahrhunderte andauernden Kolonialherrschaft begründet. Portugiesen, Briten und Franzosen kamen ursprünglich nach Indien, um Handel zu treiben – und blieben als Kolonialherren. Möglich war dies nicht nur wegen ihres überlegenen Militärs, sondern auch wegen Indiens innerer Zerrissenheit. Die britische Kolonialherrschaft hinterließ tiefe Spuren. Indien hat die parlamentarische Westminster-Demokratie ebenso übernommen wie die englische Sprache, die zu einer Art Bindeglied innerhalb dieser vielsprachigen Gesellschaft geworden ist.

Aber der Kolonialismus hat Indiens wirtschaftliche und soziale Entwicklung auch enorm behindert. Unfaire Handelsbedingungen und Besteuerungen vor allem der Bauern zerstörten das traditionelle Handwerk Indiens und ließen große Teile der ländlichen Bevölkerung verarmen. In den 50 Jahren vor der Unabhängigkeit 1947 stagnierte Indiens Wirtschaft faktisch bei einem Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens von jährlich mageren 0,1 Prozent. Zu den Lasten des Kolonialismus gehörten auch eine durchschnittliche Lebenserwartung von kaum 32 Jahren (28 Jahre für Frauen) und eine Alphabetisierungsrate von 17 Prozent, mit der das unabhängige Indien zu kämpfen hatte. Indiens historische Erfahrung mit Europa war gewiss nicht ausschließlich segensreich.

Der beste Weg, die demokratischen Werte zu vermitteln, für die wir selbst stehen, besteht für Indien darin, als gutes Beispiel voran-

zugehen und Transformationsstaaten bei der Entwicklung von Kapazitäten für demokratische Institutionen zu helfen. Dieser Gedanke liegt Indiens aktiver Beteiligung am UN Democracy Fund zugrunde. Indiens Erfolg, Wirtschaftswachstum zu fördern und im Rahmen einer lebendigen, zuweilen turbulenten Demokratie dem eigenen Volk aus der Armut zu helfen, hat einen enormen Vorbildcharakter für Entwicklungsländer. Auch innerhalb der EU sollte Indien mehr Beachtung geschenkt werden. Schließlich ist es ein Beispiel dafür, dass Demokratie und Entwicklung Hand in Hand gehen können und dass eine Dichotomie der beiden die falsche Wahl ist.

Aufschwung für Indien und Europa

Einer der bedeutendsten Erfolge der EU war die Entwicklung des Sozialstaats. Er trug dazu bei, die Härten des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts zu mildern und für größere Solidarität und Ausgleichlichkeit in den Gesellschaften zu sorgen. Jetzt, da in den westlichen Staaten der Altersdurchschnitt der Gesellschaft steigt und der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung sinkt, wird es wohl schwieriger, die Zukunftsfähigkeit dieses Systems sicherzustellen. Politische Einigkeit über Reformen und Veränderung herzustellen, die notwendig sind, um wettbewerbsfähig zu bleiben und gleichzeitig die Vorzüge des Systems, allen voran Menschenwürde und Sicherheit, beizubehalten, wird schwierig sein und bedarf großer politischer Geschicklichkeit. Aber von den Erfahrungen Europas mit der Etablierung eines Systems, das den Einzelnen vor der Sprunghaftigkeit des Marktes schützt und Ungleichheiten abmildert, kann Indien nur profitieren – denn auch mein Land steht vor der erheblichen Herausforderung, einen angemessenen Ausgleich zwischen der Förderung des Wirtschaftswachstums, fiskalischer Verantwortung und dem Aufbau eines erschwinglichen sozialen Sicherheitsnetzes zu finden.

Die Globalisierung hat viele Länder aus der Armut geholt und dabei geholfen, globale Ungleichheiten zu mildern. Auch Indien hat davon profitiert, wenngleich sein gesamtes Handelsvolumen noch

bescheiden ausfällt. Die wachsende Integration der Weltwirtschaft hat auch Entwicklungsländer neuem Wettbewerb ausgesetzt. Zwar hat dies Besorgnis und einen erneuten Hang zum Protektionismus hervorgerufen, aber die historische Erfahrung in Europa zeigt doch, dass Industrialisierung und Entwicklung in Schwellenländern die globalen Märkte vergrößern und auch den sich entwickelnden Wirtschaften zugutekommen. Der Aufstieg der Vereinigten Staaten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert beispielsweise führte nicht zu einem Niedergang Europas. Die Expansion der EU selbst basierte auf der Prämisse, dass eine schnellere Entwicklung der Peripherie nicht nur diesen Ländern, sondern auch den entwickelten europäischen Ökonomien nütze. Indien hofft, dass Europa seinen Einsatz für ein liberales, regelbasiertes und offenes internationales Handelssystem beibehält und jeglichem Hang zum Protektionismus widersteht.

Ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung in Europa wäre gut für Europa, gut für Indien und gut für die Weltwirtschaft. Für Indien ist Europa mit einer Verdopplung des bilateralen Handelsvolumens von lediglich 25 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 55,6 Milliarden Euro 2007 der wichtigste Handelspartner. Heute hat der Handel mit Gütern und Dienstleistungen ein Volumen von fast 100 Milliarden Euro erreicht, trotz eines kleinen Rückgangs im Jahr 2012. Die EU ist darüber hinaus eine der Hauptquellen für ausländische Direktinvestitionen in Indien und ein wichtiges Ziel für Investitionen indischer Unternehmen, die sich im Ausland um Technologien und Märkte bemühen.

Verglichen mit der Zeit vor der Öffnung der indischen Wirtschaft im Jahr 1991, hat all dies zwar ein signifikantes Wachstum in allen Wirtschaftsbereichen bewirkt. Aber es ist immer noch bescheiden und bietet erhebliches, bislang nicht realisiertes Potenzial. Aufgrund dieses Potenzials begannen Indien und die EU 2007 Verhandlungen über ein umfangreiches Abkommen, das die Bereiche Handel, Dienstleistungen und Investitionen abdecken soll. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge und gestalten sich schwieriger als ursprünglich erwartet. Mehrere zentrale Probleme wurden bisher

nicht gelöst. Vielleicht haben die wirtschaftliche Flaute in Europa seit 2008 und die Abkühlung der indischen Volkswirtschaft seit 2011 die Fähigkeit eingeschränkt, ganz pragmatisch ein Paket zu schnüren, von dem beide Seiten profitieren. Die neue Regierung in Indien muss sich ernsthaft mit der EU auseinandersetzen und dieses Unterfangen vorantreiben. Eine größere Flexibilität von Seiten der Europäer wäre ebenfalls erforderlich.

Ein Pol der globalen Ordnung

Die industrielle Revolution hatte ihren Ursprung in Europa. In den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation liegt Europa weltweit weiterhin an der Spitze und bleibt eines der führenden Zentren. Häufig hört man die Klage, Europa verliere seine Spitzenposition bei neuen Technologien. Das ist übertrieben. Zwar liegt Europa in einigen Schlüsselbereichen wie der Informationstechnologie hinter den USA, bleibt aber Vorreiter in diversen hochentwickelten Technologien. Technologische Durchbrüche werden im 21. Jahrhundert die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit bestimmen. Auch kommt ihnen eine Schlüsselfunktion dabei zu, Probleme wie Klimawandel durch kosteneffiziente erneuerbare Energien sowie saubere und umweltfreundlichere Technologien zu lösen. Indien hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, den Kohleverbrauch seiner Wirtschaft bis 2025 um 25 Prozent zu senken. Eine engere Partnerschaft zwischen Indien und der EU bei der Entwicklung und Verwendung von sauberen Technologien würde dabei helfen, die Zukunft nachhaltiger zu gestalten.

Durch Europa verlief auch die Frontlinie des Kalten Krieges. Der Kontinent war geteilt in zwei sich gegenüberstehende ideologische und militärische Blöcke. Mit dem Ende des Kalten Krieges entspannte sich die ideologische Spaltung Europas. Seitdem sind viele Länder der EU beigetreten. Wie die jüngsten Ereignisse in der Ukraine zeigen, ist der Übergang hin zu einer stabilen Ordnung Europas nach dem Kalten Krieg jedoch noch nicht abgeschlossen. Die östliche Expansion der EU und der NATO in die unmittelbare Nachbar-

schaft Russlands und in für Russland strategisch sensible Gebiete sowie russische Gegenzüge haben beunruhigende Auswirkungen.

Die Annexion der Krim führte zur Verhängung von Sanktionen gegen Russland durch die USA und die EU und zur Androhung von deren Ausweitung, sollte Russland in die Süd- oder Ostukraine eingreifen. Indien unterstützt weder die unilaterale Neuziehung der Grenzen noch die unilaterale Verhängung von Sanktionen. Von Indiens Standpunkt aus ist es für beide Seiten erforderlich, eine Eskalation der Spannungen zu vermeiden, die eine zukünftige Lösung globaler Probleme verhindern wird. In einer Politik der Zurückhaltung auf beiden Seiten sowie in der Diskussion und im Dialog liegen die größten Hoffnungen, einen zukunftssträchtigen Weg einzuschlagen.

Für die Zukunft betrachtet Indien Europa als einen wichtigen Pol der globalen Ordnung, der die Fähigkeit besitzt, weltweit zu Stabilität und Erfolg im 21. Jahrhundert beizutragen. Mit Europa teilt Indien die Werte der Demokratie, die auch das Fundament des modernen indischen Staates bilden. Europa war der Ursprung vieler großer Ideen, die die gegenwärtige Welt geprägt haben – von der freien Marktwirtschaft bis zum demokratischen Wohlfahrtsstaat. Europa hat Einigkeit und Entschlossenheit demonstriert, das Elend des vergangenen Jahrhunderts zu überwinden. Wird es die Mittel und die Kraft aufbringen, die gegenwärtigen Probleme zu lösen und daraus stärker hervorzugehen?



Bleibt Europa wettbewerbsfähig?

Die Kombination aus Austerität und Strukturreform ist im Interesse der ganzen EU.

HENRIK ENDERLEIN

Die Zeitenwende fortschreiben

VON HENRIK ENDERLEIN

DIE EURO-KRISE HAT einen Wendepunkt erreicht. Der Zerfall des Euro-Raums droht nicht mehr unmittelbar. Die Zinsspreizungen sind zurückgegangen, und der Teufelskreis zwischen Staaten und Banken hat für viele Beobachter einen Großteil seiner zerstörerischen Dynamik verloren. Und dennoch: die Krise ist keineswegs vorbei.

Die Glienicker Gruppe, der ich angehöre, hat dazu im Herbst 2013 geschrieben: „Es gibt keinen Anlass, sich erleichtert zurückzulehnen. Keiner der Krisenstränge, aus denen sich die Euro-Krise zusammensetzt, ist auch nur annähernd gelöst – weder die Banken- noch die Staatsschulden- noch die Wettbewerbsfähigkeitskrise. Das Staatsverschuldungsproblem eskaliert weiter. Die mit faulen Krediten vollgesogenen Banken lähmen die Privatwirtschaft. In den Krisenländern wird eine ganze Generation ihrer Lebenschancen beraubt. Das politische Spektrum der Krisenländer radikalisiert sich. Die Bereitschaft, in der Euro-Zone gemeinsame Lösungen zu finden, sinkt rapide.“ Diese Analyse ist heute immer noch richtig.

Vor diesem Hintergrund stellen sich zwei zentrale Fragen: Wie kann das Projekt der gemeinsamen Währung zum Erfolg geführt werden, ohne dass dafür ein europäischer Bundesstaat nötig wäre? Wie kann aus einem bislang primär ökonomisch geprägten Integrationsprojekt eine politische Union erwachsen, die den Zielkonflikt zwischen effektiver und legitimer Mehrebenen-Regierung endlich löst?

Diese Fragen lassen sich nicht getrennt beantworten. Sie verweisen auf die enge Verflechtung zwischen ökonomischem und politischem Integrationsprojekt und darauf, dass in den kommenden Jahren eine stärkere Zusammenführung dieser Bereiche gelingen muss.

Die meisten Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen folgen einer Dreischrittlogik. Am Anfang steht die Finanzmarkt- und Bankenkrise. Dann folgt der Konjunkturunbruch mit finanz- und geldpolitischen Auswirkungen, die ihrerseits erhebliche Folgen für die Bevölkerung der Länder nach sich ziehen. Die dritte Phase der Krise ist die politische. Jede Krise bringt Verlierer hervor. In den europäischen Krisenländern geht es um komplette verlorene Generationen. Die Frage, wer am Ende für die Krise bezahlt, ist weiter offen. Das Ergebnis ist in vielen Ländern eine Mischung aus Krisen-, Austeritätserschöpfung und politischer Radikalisierung. Die Folgen werden bei der Europawahl zu beobachten sein. Wer diesen politischen Kontext heute außen vor lässt, der droht dem europäischen Integrationsprojekt großen Schaden zuzufügen.

Langfristig klug sparen

Doch auch der wirtschaftspolitische Kontext gestaltet sich deutlich weniger positiv, als er in diesen Tagen oft dargestellt wird. Europa läuft in eine Doppelfalle aus Investitions- und Strukturreformstau. Wirtschaftskrisen enden erst dann, wenn erste Wachstumsimpulse einen Schneeballeffekt hervorbringen und in eine breit angelegte Wohlstandswelle münden. Es gibt zwei zentrale Auslöser einer solchen Dynamik: Strukturreformen und Investitionen. Strukturreformen sind politisch kostspielig und benötigen lange, ehe sie wirken. Investitionsprogramme können eine sofortige Wirkung entfalten, greifen langfristig aber nur, wenn sie durch Strukturreformen begleitet werden. Deshalb ist eine Kombination beider Elemente so wichtig.

Die Debatte über Austerität sollte deshalb in eine andere Richtung gelenkt werden: Es geht um langfristig kluges Sparen, das eben gerade nicht mehr nur bei den kurzfristig verfügbaren Mitteln ansetzt – in der Regel Investitionen. Die 3-Prozent-Defizitregel könnte

hier um einen „Zukunftsfaktor“ ergänzt werden. Die Voraussetzung dafür wäre aber, dass die Strukturreformen fortgesetzt werden.

Es ist ein wichtiges Signal an die Krisenländer, dass die Kombination aus Austerität und Reformen in ihrem eigenen Interesse ist – und darüber hinaus auch im Interesse der gesamten EU. Der Eindruck, Reformen und Sparanstrengungen erfolgten aufgrund des politischen Drucks einzelner Länder, wird die populistischen Extreme eher noch weiter stärken. Es droht eine politische Zerklüftung des Kontinents.

Wenn einzelne Länder sich als „politische Ratingagenturen“ verstehen, steigt das Konfliktpotenzial und die gemeinsame Krisenbewältigung wird erschwert. Deshalb muss die politische Handlungsfähigkeit Europas im Anschluss an die Europawahlen dringend gestärkt werden. Es geht darum, dass die EU-Kommission zu ihrer politischen Schlüsselrolle zurückfindet und nicht mehr als politischer Zaungast am Rande des intergouvernementalen Prozesses steht. Auch das Europäische Parlament wird eine immer wichtigere Rolle spielen müssen. Die Wahlen zum EP öffnen den Weg für eine Neubesetzung von vier zentralen Positionen auf der EU-Ebene und können zeigen, wie ernst die Staats- und Regierungschefs die Wahlen nehmen.

Doch der Ruf nach „mehr Europa“ ist nur dann überzeugend, wenn er mit politischem Inhalt gefüllt wird. In den Krisenjahren wurden oft Maximallösungen zur Bewältigung der Euro-Krise formuliert. Aber der Wunsch nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ ist semantisch so stark wie inhaltlich schwach. Wenn Fritz W. Scharpf fordert: „Rettet Europa vor dem Euro!“, dann spricht daraus die Angst, dass die für die Vollendung des Projekts notwendigen Integrationschritte die europäischen Demokratien überfordern könnten.

Die Forderung nach dem EU-Superstaat provoziert zu Recht die Sorge, der europäische Einigungsprozess könnte sich in einem weitgehend politikfreien Raum immer weiter beschleunigen und am Ende von den demokratischen Fliehkräften zerrissen werden. Das ist nicht der richtige Weg. Wir müssen uns vielmehr fragen, welche zusätzlichen Integrationschritte unabdingbar sind, damit das Projekt funktionieren kann. Wenn wir die breite Zustimmung für die nächsten Integrationschritte sichern wollen, muss eine Minimallösung

gelten: so viel zusätzliches Europa wie dringend nötig – aber so wenig wie möglich. Jürgen Habermas fordert ein „supranationales, demokratisch verfasstes Gemeinwesen“ ein. Das ist eine kluge theoretische Blaupause, die es politisch anzureichern gilt.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Vollendung der Währungsunion. Der Ursprung der Krise waren Unstimmigkeiten zwischen unterschiedlichen nationalen Wirtschaftssystemen und der gemeinsamen Währung. Wer diese Unstimmigkeiten auflösen will, hat zwei Optionen: Entweder Europa kehrt zu den alten Währungen zurück und gefährdet damit Binnenmarkt und Integration. Oder es gelingt, die nationalen Wirtschaftssysteme so weit in Einklang zu bringen, dass der Euro als gemeinsame Währung funktioniert.

Auch hier sind Maximallösungen gar nicht notwendig: Wir benötigen weder umfassende Eurobond-Konstrukte noch permanente Souveränitätsverlagerungen, die mit dem Grundgesetz unvereinbar wären, oder langfristige monetäre Transfers in nur eine Richtung. Was wir brauchen, ist eine vernünftig legitimierte Wirtschaftsregierung auf europäischer Ebene, die Solidarität für die Krisenländer mit neuen Regeln, die im Ausnahmefall Souveränitätstransfers an die EU möglich machen, verbindet. Ich habe ein solches Regime gemeinsam mit Jacques Delors Ende 2012 in der *ZEIT* als „Ausnahmeföderalismus“ beschrieben: In normalen Zeiten regiert der Nationalstaat, in Krisenzeiten nähert sich das System über Solidaritätsmechanismen in der Bankenunion und einer Fiskalunion einem föderalen Solidaritätssystem an – aber im Gegenzug für Souveränitätsabtretung. Im Währungsraum muss gelten: Souveränität endet, wenn Solvenz endet. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss bereit sein, Macht abzugeben.

Der Euro war stets ein politisches Projekt. Der Gemeinschaftswährung zugrunde liegt der Gedanke, dass über Handel mehr Wohlstand für alle am Handel beteiligten Nationen entsteht – und damit Frieden. Deshalb ist der Euro nur ein Element in einer langen Integrationsgeschichte. Und dennoch: Die Einführung des Euro war eine Zeitenwende. Diese Zeitenwende gilt es heute fortzuschreiben, damit Europa im globalen Wettbewerb erfolgreich bleiben kann.

Wo liegt das Zentrum der Welt?

VON ROLAND BERGER

ES GAB UND GIBT natürlich viele Kulturen auf dieser Welt. Aber fast alle sind nach ihrer Blütezeit wieder versunken. Nur in zwei Regionen haben sich nachhaltige Hochkulturen entwickelt: in China und im Mittelmeerraum mit Europa. Denn auch die ehemaligen englischen Kolonien wie Nordamerika und Australien gründen originär auf europäischem Kulturgut.

Die Hochkultur China hat sich vor rund einem halben Jahrtausend vorübergehend aus dem Weltgeschehen verabschiedet, obwohl sie Europa schon vor drei Jahrtausenden vielfach weit voraus war: Im Regierungs-, Verwaltungs- und Ordnungssystem etwa und auch technologisch: Papier und Buchdruck, Schubkarre und Schießpulver, Porzellan und Magnetkompass waren in China weit früher im Gebrauch als in Europa. Der schottische Historiker Niall Ferguson hat vor einigen Jahren die Frage gestellt: „Wo hätte im Jahre 1411 das Weltwirtschaftsforum stattgefunden?“ Seine Antwort: in Nanjing, China. Das Reich der Mitte als Mittelpunkt der Welt.

Ende des 14. Jahrhunderts pflanzten die Chinesen in der Gegend von Nanjing 50 Millionen Bäume, um eine Hochseeflotte zu bauen. Ihre kaiserlichen Handelsschiffe fuhren bis nach Ostafrika – früher als die der Portugiesen. Riesige neunmastige Hochseedschunken gehörten dazu, bis zu 30 000 Mann umfasste diese Flotte. Erst ein knappes Jahrhundert später entdeckte Kolumbus mit gerade mal drei

Karavellen und einer Besatzung von 90 Mann Amerika. Zu dieser Zeit hatten die Herrscher Chinas schon das Interesse an der Seefahrt und am Einfluss auf die übrige Welt verloren. Sie zerstörten Anfang des 16. Jahrhunderts ihre Flotte, stellten den Bau großer Segler unter Strafe – und wandten sich radikal nach innen. China war sich selbst genug, isolierte sich – politisch, wirtschaftlich und kulturell – und verlor Einfluss auf die übrige Welt.

Es verwundert also zunächst einmal nicht sonderlich, dass die meisten Weltkarten auf Europa zentriert sind: Es war schlichtweg für eine lange Zeit die einzige nennenswerte Hochkultur mit Einfluss auf die übrige Welt. Von Europa aus wurden weite Teile der Welt erschlossen und kulturell geprägt. Das ändert sich im 21. Jahrhundert: China nimmt mehr und mehr wieder die Rolle ein, die es vor Jahrhunderten aufgegeben hat. In Japan, Indien, Südostasien sowie Afrika und Südamerika haben sich eigenständige Hochkulturen entwickelt, die allerdings teilweise stark auf europäische Elemente aufbauen.

Auf drei Hügeln ruht Europa

Warum finden sich diese europäischen Elemente fast überall? Vier Elemente sind es vor allem, warum sich die Welt Europa immer noch – bewusst oder unbewusst – zum Vorbild nimmt: seine Werte; sein Weg, durch wissenschaftliche Erkenntnis den – nicht zuletzt auch materiellen – Fortschritt der Menschen zu befördern; seine Regierungs- und Ordnungssysteme und deren Rechtsgrundlagen; seine Hochkultur in Musik, Kunst, Literatur und vielem mehr.

Mit den europäischen Werten fängt alles an. Der deutsche Bundespräsident Theodor Heuss hat einmal gesagt, dass Europa auf drei Hügeln ruhe: auf der Akropolis, also dem Wert von Freiheit, Philosophie und Demokratie; auf dem Kapitol, also auf römischem Recht und staatlicher Ordnung; auf Golgatha, also auf dem Christentum.

In ihnen steckt eine Verheißung. Sie bedeuten für die Welt eine attraktive Vision von einem lebenswerten Leben und Zusammenleben. Gerade heute wollen Menschen überall auf der Welt ihr Leben in Würde, Freiheit, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit führen.

Orte wie Tiananmen und Myanmar, Namen wie Mandela und Aung San Suu Kyi und zuletzt die jungen Menschen auf den Straßen von Istanbul bis São Paulo stehen dafür. Auf dem Tahrir-Platz in Kairo gab es Transparente, auf denen stand: „Thank you, Europe“. Als Europäer muss es uns berühren, dass rund um den Globus Menschen leben, die so fasziniert sind von unseren Werten, dass sie bereit sind, ihr Leben dafür aufs Spiel zu setzen. Sie vertrauen unseren Werten, sie kämpfen dafür. Umso mehr ist es eine Verpflichtung für Europa, Akropolis, Kapitol und Golgatha lebendig zu halten, den Respekt vor dem Individuum, die Bedeutung der Freiheit.

Freiheit hat gerade für die intellektuelle Entfaltung stets eine herausragende Rolle gespielt. Damit sind wir beim zweiten Feld, auf dem Europas Zivilisation eine Führungsrolle in der Welt angenommen hat: das Wissenschafts- und das Wirtschaftssystem. Die Aufklärung, diese zutiefst europäische Geistesströmung, prägte im 17. und 18. Jahrhundert vor allem Deutschland, Frankreich und England. Vorausgegangen waren Umwälzungen in der Astronomie, der Physik und anderen Naturwissenschaften. Locke, Rousseau, Voltaire oder Kant: Ihr freiheitlicher Geist wandte sich auch gegen kirchliche und staatliche Bevormundung. Dem Schatten des Mittelalters hielten die Aufklärer das Licht der Vernunft und die Ideale von geistiger Freiheit, von Gleichheit und Toleranz entgegen. Mit wachsender intellektueller und individueller Freiheit entstanden aus Europa heraus Wissenschaft und technischer Fortschritt. Die Dampfmaschine markierte eine Zeitenwende für die ganze Menschheit, den Eintritt ins Industriezeitalter. Es war diese Zeitenwende, die wachsenden Wohlstand für immer mehr Menschen brachte – zuerst in Europa, dann in mehr und mehr Regionen dieser Welt.

Die Wirtschaftsleistung pro Kopf – hätte man sie früher schon so gemessen – war bis vor 250 Jahren rund um den Globus etwa gleich hoch. Denn die Produktionsfaktoren waren überall nur Arbeit und Boden. Es waren Europäer, die wissenschaftliche Erkenntnisse in der Industrialisierung kreativ umgesetzt und den heute dominierenden dritten Produktionsfaktor, Wissen und Kapital, für die Welt erschlossen haben.

Mit den Fortschritten in Wissenschaft, Technik und industrieller Produktion entstand ebenfalls in Europa das Wirtschaftsmodell der Marktwirtschaft. Von Thomas von Aquin bis zu Adam Smith: Europäische Vordenker haben das Rüstzeug entwickelt. Radikal setzten dieses Modell die Amerikaner um und seit Deng Xiaoping auch das kommunistische China – und mit Erfolg. Sie alle tun das nicht aus Liebe zu Europa, sondern weil sie wissen, dass ein besseres Leben in Wohlstand nur mit technologischem Fortschritt und unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gelingt. Die sozialen Verwerfungen, die Kapitalismus und Industriegesellschaft mit sich brachten, haben den Europäer Karl Marx über deren Ursachen und Alternativen nachdenken lassen. Dass seine Analysen und die daraus abgeleiteten Ideologien zu einer mehr als ein Jahrhundert währenden Spaltung der Welt führen würden, hat er nicht vorhergesehen. Aber was ich sagen will: Auch diese Weltrevolution hatte ihre Wurzeln in Europa.

Damit bin ich, drittens, bei Europas Regierungs- und Ordnungssystem und seinen rechtsstaatlichen Grundlagen. Zur Freiheit passen nur demokratisch verfasste Staaten, das hat sich in Europa früher und konsequenter als anderswo durchgesetzt. Griechen und Römer haben uns vor 2500 Jahren Demokratie gelehrt, die europäischen Philosophen der Aufklärung haben sie weitergedacht. Diese europäische Verfassungstradition ist längst die bestimmende Kraft weltweit, der auch Diktaturen, die heute dank marktwirtschaftlicher Reformen und technischem Fortschritt wirtschaftliche Erfolge feiern, nicht dauerhaft werden widerstehen können.

Viertens gibt es auch eine weltweite Akzeptanz, wenn nicht Dominanz der europäischen Hochkultur. Sobald die materiellen Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt sind, entfaltet sich Kultur, entwickeln sich Kunst, Musik und Literatur. Das gilt überall auf der Welt. Denn überall sind großartige kulturelle und künstlerische Werke zu bewundern: in China schon seit 5000 Jahren, in vielen Ländern Asiens, in der arabischen Welt, auch in Afrika und in den indianischen Hochkulturen Mittelamerikas.

Aber ich glaube, es sind die Werke der europäischen Hochkultur, die weltweit die größte Akzeptanz gefunden haben. Sie beeinflussen

heute überall das lokale Kulturleben, und zum Teil dominieren sie es sogar. Nord- und Südamerikaner sind in ihrer großen Mehrheit ohnehin als ausgewanderte Europäer Teil eines europäisch-atlantischen Kulturkreises. Trotzdem hat das amerikanische Kulturschaffen erst nach der Einwanderung von Eliten aus Europa in den dreißiger Jahren und nochmals nach 1945 Weltniveau erreicht, ob in der Literatur, in der Musik, in der bildenden Kunst, ja sogar in Hollywood. Auch in Asien, in der arabischen Welt und in Afrika ist der Einfluss europäischer Kunst und Kultur überwältigend. Um dies zu erkennen, genügt schon ein Blick ins Internet und in Veranstaltungsprogramme, wenn man kein Weltreisender ist.

Ich sage das nicht aus europäischer Überheblichkeit oder gar aus Chauvinismus. Ich sage das, um Europas Bedeutung für die Welt – jenseits von Tagespolitik und Wirtschaftskrisen – ins Gedächtnis zu rufen. Aber auch, um an Europas Verantwortung für Kultur, Werte und Zivilisation und deren Entwicklung zu appellieren.

Die „Idee Europa“ wird nicht in Frage gestellt

Wenn wir also über eine Verschiebung der Mitte der Weltkarte reden, müssen wir uns bewusst sein, dass Europas Werte, seine wissenschaftliche Prägung, seine Regierungs- und Ordnungssysteme und seine Hochkultur auch weiterhin – jedenfalls als bestimmender Teil neu entstehender Zivilisationen und Kulturen – eine herausragende Rolle spielen werden.

Im Übrigen tun sie das auch wirtschaftlich: Die EU ist nach wie vor die größte Volkswirtschaft der Welt, fast doppelt so groß wie China, und das mit einer erheblich kleineren Bevölkerung. Europa hat also auch wirtschaftlich keinen Grund, sein Licht unter den Scheffel zu stellen. Aber natürlich nur, wenn es seine Einigung weiter intelligent vorantreibt. Denn Europas Bevölkerung altert und schrumpft, und auch sein Anteil am Weltprodukt wird sinken.

Umso mehr zählt gemeinsame europäische Politik. Umso mehr muss Europa die Bedeutung europäischer Zivilisation und Kultur für die Welt erhalten und stärken, wo immer das möglich ist. Es

stimmt, dass Europa während der jüngsten Krise einen Vertrauensverlust erlebt hat. Aber entscheidend ist doch, in welchen Bereichen das Vertrauen erodiert: Nach meiner Wahrnehmung wird nicht die „Idee Europa“ in Frage gestellt. Der Vertrauensverlust betrifft die praktische Umsetzung dieser Idee. Mangelndes Vertrauen ist nicht die Ursache der Probleme in Europa, sondern ihre Folge. Also kann Europa mehr Vertrauen nur durch bessere Politik gewinnen.

Ich bin da optimistisch, denn es gibt längst ein selbstverständliches Gefühl von Zusammengehörigkeit. Unionsbürger billigen sich mit großen Mehrheiten wechselseitig die gleichen politischen und sozialen Rechte und Pflichten zu. Man macht kaum noch einen Unterschied zwischen Menschen aus München oder Madrid. Damit verschwindet innerhalb der EU langsam das Konstrukt des „Ausländers“. Offenbar ist vielen Europäern die Unionsbürgerschaft, die seit „Maastricht“ gibt, geläufiger, als ich erwartet hätte.

Fassen wir also zusammen: Europas Werte nehmen als Kompass für die Welt eine herausragende Rolle ein, üben weiterhin eine große Anziehungskraft aus. Die Tatsache, dass sich der wirtschaftliche und geopolitische Mittelpunkt der Welt langsam von Europa weg verlagert, können wir nicht aufhalten. China wird 2030 in Kaufkraftparität bei weitem die größte Volkswirtschaft sein, 50 Prozent größer als die USA, zweimal so groß wie die Indiens. Für sich genommen, werden Deutschland, Brasilien, Russland, Großbritannien und Frankreich nicht einmal ein Zehntel von Chinas Größe ausmachen. Aber, indem wir als Kontinent und als Wertegemeinschaft gemeinsam auftreten, und nur so, können wir auch weiterhin eine prägende Rolle in der Welt spielen.

Tony Blair hat einmal gesagt: „Das Argument für Europa ist im 21. Jahrhundert nicht mehr Krieg und Frieden, sondern Macht und Relevanz.“ Diese Aussage kann man unterschreiben – wenn wir nicht möchten, dass die Welt in Zukunft eine G2, bestehend aus den USA und China, wird, dann müssen wir Europäer zusammenarbeiten. In wirtschaftlichen, sozialen und geopolitischen Fragen gilt: Nur als Gemeinschaft der Europäer wird dieser Kontinent dauerhaft Kraft, Gewicht und Zukunft haben.

Autoren

FRANK-WALTER STEINMEIER ist seit dem 17. Dezember 2013 Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Amt hatte er bereits von 2005 bis 2009 inne.

SENEM AYDIN-DÜZGİT ist Assistant Professor of International Relations an der Istanbul Bilgi Universität. Zuletzt veröffentlichte sie „Constructions of European Identities. Debates and Discourses on Turkey and EU“ (2012).

ROLAND BERGER ist deutscher Unternehmer und Gründer der Roland Berger Strategy Consultants, eine der weltweit führenden Strategieberatungen. Seit 2007 ist er Mitglied in der von der EU bestellten High Level Group of Independent Stakeholders on Administrative Burdens.

HENRIK ENDERLEIN ist Professor für politische Ökonomie an der Hertie School of Governance. Er ist außerdem Sachverständiger im Beirat des Stabilitätspakts.

CLAUDIA K. HUBER ist Senior Researcher und Projekt Developer bei der Alfred Herrhausen Gesellschaft in Berlin. Sie promovierte über die Interaktionen von Medien und Politik in der Europäischen Union.

CHARLES A. KUPCHAN ist Professor für Internationale Beziehungen der Edmond A. Walsh School of Foreign Service der Georgetown University in Washington D.C. und Senior Fellow des Council on Foreign Relations.

FJODOR LUKJANOW ist Chefredakteur der 2002 gegründeten Zeitschrift *Russia in Global Affairs* und berät als Mitglied des Russischen Rates für Außen- und Verteidigungspolitik die Regierung in Moskau.

THOMAS MATUSSEK ist seit 2013 Geschäftsführer der Alfred Herrhausen Gesellschaft in Berlin. Zuvor war er Botschafter in London (2002 bis 2006), bei den Vereinten Nationen in New York (2006 bis 2009) und in Neu-Delhi (2009 bis 2011).

DOMINIQUE MOÏSI ist Mitbegründer und Senior Advisor des Institut français des relations internationales (ifri) und Professor am King's College, London. Zuletzt erschien von ihm „Kampf der Emotionen“ (2009).

JANUSZ REITER war von 1990 bis 1995 Botschafter der Republik Polen in Deutschland. Er ist Gründer und Direktor des Zentrums für Internationale Beziehungen in Warschau.

MYKOLA RIABCHUK ist Schriftsteller und Journalist in Kiew und Mitbegründer der Monatszeitschrift *Krytyka*. 2003 erhielt er den Antonovych-Preis für seinen Einsatz für Menschenrechte.

MEERA SHANKAR trat 1973 in den Auswärtigen Dienst Indiens ein, wo sie unter anderem für den Premierminister im Bereich Sicherheitspolitik tätig war. Zwischen 2005 und 2008 war sie Botschafterin Indiens in Berlin, bis 2011 Botschafterin in Washington D.C.

Impressum

Herausgegeben von

Thomas Matussek, Dr. Claudia K. Huber, Ansgar Gessner
Alfred Herrhausen Gesellschaft
Unter den Linden 13–15
10117 Berlin

In Kooperation mit

Internationale Politik (IP)
V.i.S.d.P. Dr. Sylke Tempel
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
www.internationalepolitik.de
www.ip-journal.org

Design & Layout: Thorsten Kirchhoff
Druck: Druckerei Conrad GmbH
Breitenbachstr. 34–36, 13509 Berlin

Printed in Germany